

Schon die
Umwelt,
bestell
mich
digital!

forum

BUNDESWEITER



BILDUNGSPROTESTTAG

23.09.23

Zukunft
kaputt

**BILDUNGSWENDE
JETZT!**

#bildungswende #bildungsprotest2023

Werde mit uns aktiv!



**KÖLN
HEUMARKT
15 UHR**



Das Bild zeigt Shiva mit koreanischen Aktivist*innen bei einer politischen Aktion. Foto: 최경훈 (Kyounghun Choi)

Liebe Kolleg*innen,

ein Schuljahr liegt hinter uns, das ob seiner Kürze zu erheblicher Arbeitsverdichtung geführt hat. Die Ferien haben wir uns redlich verdient!

Gleich nach der Sommerpause geht es dann weiter mit den Vorbereitungen auf die ab Oktober anstehende Tarifrunde für die Landesbeschäftigten (TV-L). Auch aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass wir uns mit dem Ergebnis der bereits beendeten Tarifrunde für die bei den Kommunen und beim Bund beschäftigten Kolleg*innen befassen (TVöD). Dazu findet ihr zwei Einschätzungen in der Rubrik TITEL, in denen es vor allem um die Frage geht, wie man mit dem Mittel der Einmalzahlungen umgeht, die auf den ersten Blick verlockend scheinen, bei näherer Betrachtung aber erhebliche Nachteile mit sich bringen.

Zum Titelbild findet ihr Genaueres in der Rubrik SAVE THE DATE, denn im September wird Köln Schauplatz einer bundeswei-

ten Kampagne für bessere Bildung sein. Dazu empfehlen wir auf jeden Fall vorab die Homepage <https://schule-muss-anders.de/>. Weitere Infos folgen über die Kölner GEW-Geschäftsstelle.

In der Rubrik BILDUNGSPOLITIK findet sich dann etwas zum „worst case“: Wir haben endlich einen Kollegen gefunden, der das Lehrer-Dasein nicht nur aufgegeben hat, sondern auch bereit war, offen über seine Beweggründe für die „Kündigung“ zu sprechen.

Zum Schluss noch der Hinweis auf die letzte „forum“-Ausgabe, zu der wir etwas richtigstellen möchten. Die Interviewte („Wie weiter im Iran“, S. 40ff) wurde von uns als „iranische Lehrkraft“ kenntlich gemacht. An dieser Stelle möchten wir uns bei Shiva entschuldigen und wollen hiermit nachholen, die vollständigen Angaben zu ihrer Person zu liefern:

Das Interview wurde mit Shiva Amelirad geführt. Sie ist Feministin, Anwältin für die Rechte unterdrückter nationaler Minderheiten, Aktivistin in der Lehrgewerkschaft und Mitglied der Kurdischen Lehrgewerkschaft in Marivan. Sie war Mitglied des Coordinating Council of Iranian Teachers' Trade Associations (CCITTA).

Wir wünschen allen „forum“-Leser*innen einen tollen Sommer und freuen uns auf euch im August!

Eure „forum“-Redaktion

forum 2-2023

11 gute Gründe für die GEW 4
Gremien zum Mitmachen 5

SAVE THE DATE!
Bundesweite Demo in Köln 6
Weltlehrtag 2023 & Onlinekalender 7

TITELTHEMA
Das war die TVöD-Runde 2023 8

AUS DEN GREMIEN
Das war der 1. Mai 2023 12
Das war der 1. Mai 1933 14
AK Schulentwicklung zur GE Neubrück 16
GEW Köln zur Grundschulplatzmisere 18
OGS: Auf dem Weg zum Rechtsanspruch 20
Neues aus der FG Gesamtschule 22
Zentralbibliothek bleibt! 23

RECHTLICHES
Kerne deine Rechte... bei der arbeitsärztlichen Untersuchung 24
Tipps zur Steuererklärung 25

BILDUNGSPOLITIK
Warum ich den Lehrerberuf gekündigt habe ... 26
GEW gegen Personalmangel 30

GESELLSCHAFT
Repression nach Lützerath 31
„Den Staat aus der Gesellschaft denken“ 32
Digitale Teilhabe 34
Gewerkschaft neu denken! 38
Vorsicht bei der Urlaubsplanung! 40

INTERNATIONALES
Neues aus Buenos Aires 41

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN
Berichte und Termine 42

EINLADUNG MITGLIEDERVERSAMMLUNG 44



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Ines Bartenstein

Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

Druck: Zimmermann GmbH, Köln

Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln

Titelfoto: Schule in Not e. V.



Schon die Umwelt, bestell mich digital!

forum

Ihr könnt das „forum“ auch als digitale Version per E-Mail beziehen (schickt dazu einfach eine E-Mail an kontakt@gew-koeln.de) oder nach Erscheinen den Download auf unserer Internetseite www.gew-koeln.de nutzen.



11 GUTE GRÜNDE FÜR DIE GEW



1

Gemeinsam deine Interessen vertreten

Gemeinsam vertreten wir deine Interessen am Arbeitsplatz. Egal, ob in Tarifrunden oder bei kleineren Konflikten mit dem Arbeitgeber – wir sind an deiner Seite! Denn das ist, was Gewerkschaft ausmacht: gemeinsam Einsetzen für unsere Interessen!



2

Eine solidarische Gemeinschaft

Solidarität heißt Zusammenhalten! Bei uns kämpft nicht jede*r für sich, sondern alle für einander. Angestellte*r und Beamt*in, Lehrer*in und Erzieher*in, Studierende und Rentner*in!

3

Bessere Arbeitsbedingungen und fairer Lohn

Du bist mehr Wert! Gemeinsam kämpfen wir mit dir für bessere Arbeitsbedingungen und einen fairen Lohn! Als Gewerkschaftsmitglied hast du ein Anrecht auf den Tarifvertrag, der in deinem Betrieb oder bei deinem Träger erkämpft wurde.



4

Einwandfrei versichert

Wenn im Job was schief geht, stehst du nicht alleine da. Wir springen mit unserer Berufshaftpflichtversicherung für dich ein. Ein verlorener Dienstschlüssel oder Glasbruch im Labor sind kein Problem.

5

Aktiv in deiner Gewerkschaft

Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft. Wir sind der richtige Ort für dein politisches Engagement im Ehrenamt. Deine Meinung zählt und deine Perspektive ist gefragt!



6

Deine Rechte verteidigen – mit Rechtsschutz im Rücken

Dein Arbeitgeber hat dich falsch eingruppiert? Unfair beurteilt? Ungerecht gekündigt? Damit haben sie bei uns keine Chance! In der GEW hast du nicht nur eine kostenfreie Rechtsberatung, sondern umfassenden Rechtsschutz in allen beruflichen Angelegenheiten – wenn nötig bis in die letzte Instanz!



7

Arbeitsbedingungen sind Lernbedingungen

In der GEW kämpfen wir nicht nur für uns Beschäftigte. Als Bildungsprofis wissen du und deine Kolleg*innen am besten, was es für gute Bildung braucht. Denn gute Arbeitsbedingungen sind gute Lernbedingungen.



8

Streiken ohne arm zu werden

Wenn die Arbeitgeber sich wieder taub stellen, bleibt uns keine Wahl: wir gehen auf die Straße. Arbeitgeber zahlen zwar kein Gehalt bei solchen Arbeitskämpfen – dafür zahlen wir dein Streikgeld! Damit sich jede*r das Kämpfen leisten kann.



9

Für eine gerechte Gesellschaft

Klimagerechtigkeit, Feminismus, klare Kante gegen Rechts – es gibt viel zu tun. Denn als Gewerkschaften vertreten wir auch die Interessen von dir und deinen Kolleg*innen, die über euren Arbeitsplatz hinausgehen. Werde Teil deiner GEW, denn nur zusammen lässt sich was bewegen!



10

Lebenslang lernen

Unsere Mitgliederzeitschrift „E&W“ sowie zahlreiche Broschüren und Ratgeber helfen dir im Arbeitsalltag – aber auch in der bildungspolitischen Debatte. Zudem findest du bei uns viele interessante Fortbildungsangebote, die dir für deinen Beruf und darüber hinaus spannendes und nützliches Wissen vermitteln.



11

Aktiv im Betrieb

Wir stehen für Demokratie – nicht nur in der Politik, sondern auch am Arbeitsplatz. Du und deine Kolleg*innen können mit GEW-Betriebs- und Personalräten aktiv die Mitbestimmung am Arbeitsplatz gestalten.



Online Mitglied werden

www.gew.de/mitglied-werden

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de
Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Dr. Lioba Waleczek
liobawaleczek@web.de

Klaus Mautsch,
klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Eva Caspers
eva.caspers@gew-nrw.de

Nick Bauermeister
nick.bauermeister@gew-nrw.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693
thorsten@albersmann.koeln

Katja Nielsen, 0221-5506556
katja.nielsen@gmx.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken
hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel,
claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Mirjam Berg
mrjmberg@gmail.com

Sonja Gaedicke
sonjagaedicke@gmail.com

Sarah Karim
sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch
ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647
katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe
karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,
timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann,
maren.bennemann@154209.nrw.schule

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Alfter,
rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbber, 0221-7123869,
klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey,
henning.m.frey@web.de

Julian Gurster
julianguerster@gmx.de

QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930,
bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326,
b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Dilem Bulut,
bulutdilem1@gmail.com

Martin Gütegemann,
martin.guetgemann@gew-nrw.de

LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder,
treder.silvia@gmail.com

Hasan Taşkale
Telefon: 0177-2403581
kontakt@gew-koeln.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener,
a.kloeckener@online.de

Hans Raatz,
raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200,
uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Prof. Dr. Anne Ratzki
T: 0221-684871
E-Mail: annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722,
klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller-Breu,
stefan.schueller@gmx.net





<https://koeln.gew-nrw.de/unsere-themen/neuigkeiten-aus-koeln/detail-neuigkeiten/news/save-the-date-samstag-2392023-bundesweiter-protest-tag-bildungswende.html>



Bundesweiter Bildungstesttag am 23. September in Köln

Wir wollen gemeinsam in verschiedenen Bundesländern auf die Straße gehen! Treffpunkt in Köln wird voraussichtlich der Heumarkt sein. Die Uhrzeit wird noch bekanntgegeben. Die GEW Köln wird euch auf dem Laufenden halten! Hier folgt der Aufruf vom // **Bündnis „Schule Muss Anders!“, dem auch die GEW und der DGB angehören**

Unsere Gesellschaft erlebt aktuell eine der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der Bundesrepublik. Ein enormer und sich vergrößernder Mangel an Lehrer*innen und Erzieher*innen trifft auf ein veraltetes, unterfinanziertes und segregiertes Bildungssystem, das sozial ungerecht ist und notwendige Aufgaben wie Digitalisierung und Inklusion wurden viel zu lange verschlafen hat.

- An den Schulen fehlen bis 2035 knapp 160.000 Lehrer*innen.
- Bundesweit fehlen hunderttausende Kitaplätze und über 300.000 Erzieher*innen, um eine ausreichende Versorgung und einen angemessenen Betreuungsschlüssel zu gewährleisten.
- Knapp 50.000 junge Menschen verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss.

Wie ist es bei Dir in der Kita oder an der Schule? Wie erlebst du die Bildungskrise?

Es ist höchste Zeit, die Weichen raus aus der Bildungskrise und hin zu einer echten Bildungswende zu einem gerechten und inklusiven Bildungssystem zu stellen, das auf die Zukunft vorbereitet!

Schließ Dich jetzt an! Tritt hier dem Telegram-Kanal zum Bildungstesttag bei und bleib auf dem Laufenden: <https://t.me/Bildungsprotest2023>

Wir appellieren als Lehrkräfte, Erzieher*innen, Schüler*innen, Eltern, Lehramtsstudierende und Wissenschaftler*innen sowie Gewerkschaften, Bildungsorganisationen und -initiativen an die politischen Entscheidungsträger*innen in Bund und Ländern, jetzt die Weichen für ein gerechtes und inklusives Bildungssystem zu stellen, das auf die Zukunft vorbereitet!

Dafür fordern wir:

1. SONDERVERMÖGEN Bildung & ausreichende Finanzierung
2. AUSBILDUNGSOFFENSIVE für Lehrer*innen und Erzieher*innen
3. Schule ZUKUNFTSFÄHIG und INKLUSIV machen
4. echter BILDUNGSGIPFEL auf Augenhöhe

Der sogenannte „Bildungsgipfel“ vom März 2023 hat ebenso wenig zur Lösung der Bildungskrise beigetragen, sondern vor allem die zerrüttete Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich und das mangelhafte Verständnis von Partizipation auf Seiten der politischen Verantwortlichen offenbart. Bei diesem Gipfel, der gerade einmal drei Stunden dauerte, kam so gut wie niemand zu Wort, der oder die aktuell täglich in einer Schule oder Kita lernt oder arbeitet. Wer die Bildungskrise lösen will, muss Druck aus dem überlasteten System nehmen und die Leute beteiligen, die tagtäglich direkt mit Kita und Schule in Berührung sind. Wir fordern eine echte Bildungswende, hin zu einem gerechten, inklusiven und zukunftsfähigen Bildungssystem. Einem Bildungssystem, das sich an die Bedürfnisse der Schüler*innen und der Beschäftigten anpasst anstatt die Krise auf dem Rücken der Beschäftigten, Schüler*innen und Familien auszutragen. Einem Bildungssystem, das sich gegen die gesellschaftliche Spaltung stemmt, anstatt sie zu fördern. Wir sind überzeugt, dass unsere Gesellschaft diesen Weg nur einschlagen kann, wenn zeitnahe und mutige politische Entscheidungen getroffen werden.



Der Ausschuss LEMK lädt ein!

Anlässlich des „Weltlehrertags“ am 22. September lädt der Kölner GEW-Ausschuss LEMK („Lehren und Erziehen zur Mehrsprachigkeit in Köln“) zum Zusammensein bei Musik und Getränken: Eingeladen sind alle Lehrer und Lehrerinnen aus allen Ländern!

Wann? Donnerstag, 28. September 2023, ab 18 Uhr

Wo? Jugendraum im Hof des DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln

Unser ONLINE- KALENDER

Alle GEW-Termine im Überblick
– leicht über unsere Homepage
per Klick zu erreichen
(gew-koeln.de)!



Der Abschluss durchgerechnet für eine Erzieherin in der Entgeltgruppe S 8a und der Stufe 5*

2023

1.240 Euro einmaliger Inflationsausgleich, ausgezahlt im Juni 2023

220 Euro monatliche Sonderzahlung, ausgezahlt von Juli 2023 bis Februar 2024

2024

200 Euro Festbetrag mehr im Monat ab 1. März 2024

Dazu noch einmal 5,5 Prozent mehr ab 1. März 2024

418,22 Euro brutto mehr Gehalt ab 1. März 2024

Das entspricht **11,1** Prozent mehr

*Quelle: <https://www.gew.de/troed2023/das-bedeutet-der-abschluss-fuer-dich>



Die gestückelten Einmalzahlungen für 2023 sind als Ausgleich für die Verluste der vergangenen Jahre nötig. Die Reallöhne sind seit dem letzten Tarifabschluss 2020 bis Ende 2022 um 12 Prozent gesunken, Netto haben die Beschäftigten in den meisten Entgeltgruppen mehr als 3000 Euro verloren.

Eine tabellenwirksame Lohnerhöhung gibt es erst ab 2024. Das heißt, dass wir bis inklusive Februar 2024, also das gesamte Jahr 2023, eine Nullrunde haben, in der das Entgelt nicht steigt. Die gestückelten Einmalzahlungen sollen diese Tatsache verschleiern.

Der Reallohnverlust wurde durch diesen Abschluss gebremst. Er ist besser als in der Metall- und Chemieindustrie und erreicht ungefähr das Niveau des Abschlusses bei der Post. Das wurde durch die massiven Warnstreiks und das Engagement von einer halben Million Kolleg*innen erreicht.

Schlechtes Tarifergebnis

Anstatt einer tabellenwirksamen Erhöhung wurde eine finanzielle Zulage von 130 Euro für fünf Jahre erzielt. Diese kann dann wieder wegfallen, wohingegen eine tabellenwirksame Erhöhung weiterhin Bestand hätte. // **Berkan Kar, Mitglied des GfV und der Fachgruppe Kita/sozialpädagogische Berufe**

Warum spreche ich von einem schlechten Tarifergebnis? Letztes Jahr fanden die Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) statt. Die Forderung der beiden Gewerkschaften ver.di und GEW war, dass die Erzieher*innen von der Entgeltgruppe S8a in die S8b höhergruppiert werden. Diese Erhöhung wäre natürlich tabellenwirksam gewesen.

Anstatt nun aber in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst (TVöD) eine tabellenwirksame Erhöhung zu erreichen, wurde eine Zulage von 130 Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zum 31.12.2026 erzielt. Diese Zulage kann nach fünf Jahren aber auch wieder wegfallen. Demgegenüber wäre eine tabellenwirksame Erhöhung nicht wieder zurückzunehmen.

Als wir das letzte Jahr kritisiert haben, haben beide Gewerkschaften uns vertröstet, dass in sechs Monaten – ab dem 1. Januar 2023 – ja wieder Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen stattfinden würden. Da würden wir dies wieder kompensieren.

52 Prozent hatten dem SuE-Ergebnis vom 18. Mai 2022 zugestimmt. 48 Prozent der ver.di-Mitglieder waren gegen das Tarifergebnis. Allein diese Zahlen zeigen, wie schlecht dieses Ergebnis war und ist. Und nun steht das Tarifergebnis zum TVöD 2023. Es ist ein Ergebnis, das 24 Monate Laufzeit hat und erst nach 14 Monaten eine Erhöhung der Tabellenentgelte vorsieht. Das bedeutet eine Nullrunde von sechs Monaten. Im Gegensatz zu unseren Löhnen macht die Inflation in diesem halben Jahr leider keine Null-

Arbeitgeber*innen sparen an den Lohnnebenkosten

Im Juni 2023 werden die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 1.240 Euro und ab Juli 2023 bis Februar 2024 eine monatliche steuerfreie Zulage von 220 Euro erhalten. Diese Zulage und Einmalzahlung haben keine Wirkung auf unsere Rentenversicherung. Die Beschäftigten, die nach Entgelttabelle S1 und S2 eingruppiert sind, werden später leider von Altersarmut betroffen sein, wenn sie in die Rente gehen.

Im Gegensatz zu unseren Löhnen macht die Inflation leider keine Nullrunde.

Kritisch zu sehen ist auch, dass die Erzieher*innen mit den beiden Zulagen aus dem SuE-Ergebnis von 130 Euro und den 220 Euro an TVöD-Zulage insgesamt 350 Euro Zulagen bekommen, die ebenfalls nicht tabellenwirksam sind. Diese Zulagen werden leider bei der Krankengeldberechnung und beim Elterngeld sowie bei der Berechnung des Arbeitslosengelds keine Relevanz haben, weil sie die Werte in den Entgelttabellen eben nicht anheben.

Ebenfalls kritisch zu betrachten ist die lange Laufzeit von 24 Monaten. Wir wissen nicht, wie sich die Energiepreise weiter entwickeln werden. Da kann tarifpolitisch nicht nachjustiert werden bei dieser langen Laufzeit. Dieses Ergebnis bedeutet keine Gehaltserhöhung sondern Reallohnverlust.

Eine Erzieherin mit Berufserfahrung kommt laut ver.di-Berechnung künftig auf 4.400 Euro Monatslohn, was einer Steigerung von 10,8 Prozent entspricht (5,4 Prozent pro Jahr). Diese Lohnerhöhung dürfte für die Erzieherin wegen der Inflation aller-

dings einen Reallohnverlust bedeuten. Im vergangenen Jahr sind die Preise im Deutschland um 7,9 Prozent gestiegen, in diesem Jahr gehen die Prognosen von etwa sechs Prozent aus. Ich spreche somit nicht von einem guten Kompromiss sondern von einem faulen Kompromiss.

Was sollten wir für die zukünftige Tarifverhandlungen lernen?

- Keine Einmalzahlungen aushandeln,
- keine Nullrunden zulassen,
- Laufzeit von 12 Monaten durchsetzen,
- keinen sogenannten Inflationsausgleich in Form von Einmalzahlungen akzeptieren, nur tabellenwirksame Erhöhungen aushandeln,
- gegebenenfalls Urabstimmung durchführen und den unbefristeten Streik in Erwägung ziehen.

Das ist immer noch besser, als über schlechte Tarifergebnisse abstimmen zu lassen.

Ich habe das Gefühl, dass die Gewerkschaften keine Urabstimmung und unbefristeten Streiks wollen. Das zeigt auch die Satzung, in der für einen unbefristeten Streik 75 Prozent der Befragten zustimmen müssen. Die Hürde dafür ist also groß. Zwei Drittel müssen dafür sein. Aber bei einer Abstimmung über ein schlechtes Tarifergebnis reichen schon 50,1 Prozent für die Annahme.

Wenn mehr als die Hälfte das will, wird das Ergebnis angenommen. Bei Tarifabstimmungen müsste auch eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich sein. Und es ist auch sehr undemokratisch, dass die GEW-Mitglieder gar nicht abstimmen dürfen. Was

Dieses Ergebnis bedeutet keine Lohnerhöhung sondern Reallohnverlust!

für Befürchtungen hat unsere GEW? Wieso werden die tarifbeschäftigten Mitglieder nicht zur Abstimmung gebeten? Am Ende ist die Arbeitgeberseite ganz gut rausgekommen aus den Tarifverhandlungen, weil die Gewerkschaften nicht kämpferisch waren.

Angestellte Lehrkräfte lehnen TVöD-Tarifergebnis ab

Beim Treffen des Kölner GEW-Ausschuss „Angestellte Lehrkräfte“ Ende April wurde auch das Ergebnis der TVöD-Tarifverhandlungen intensiv diskutiert. Das Ergebnis war ein Schreiben an gewerkschaftliche Gremien. // **AS Angestellte Lehrkräfte**



// AS Angestellte Lehrkräfte //

An den GEW-Landes- und -Hauptvorstand
sowie den ver.di-Bundesvorstand
(In Kopie an Redaktion der „lautstark“, der „E&W“ und des „forum“)

Köln, den 24.4.2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

beim letzten Treffen des Ausschuss „Angestellte Lehrkräfte“ des Stadtverbandes Köln haben wir das Ergebnis der TVöD-Tarifverhandlungen intensiv diskutiert. Das folgende Schreiben fasst diese Diskussion zusammen und wird von allen Anwesenden der Sitzung einstimmig unterstützt.

Für den Bereich der Beschäftigten im TV-L möchten wir von Anfang an klar machen, dass wir ein Ergebnis wie dieses für die kommenden Tarifaufinandersetzungen im TV-L in diesem Herbst ablehnen. Ein Ergebnis, das den Reallohn nicht erhält, ist für eine Gewerkschaft inakzeptabel! Es steht außerdem in keinerlei Verhältnis zu der immer weiter steigenden Arbeitsbelastung.

Warum lehnen wir das Ergebnis ab?

Seit 2021 führen wir in den Gewerkschaften eine Diskussion um die Inflation und ihre Konsequenzen für uns Arbeitnehmer*innen. Ihr kennt die genauen Zahlen. Wir werden sie hier nicht wiederholen. Wir wollen darauf hinweisen, dass in Anbetracht der letzten Tarifierhöhungen (TVöD: 1,4 % ab dem 1.4.2021 und mindestens 50 Euro sowie ab dem 1.4.2022 weitere 1,8 %; TV-L: 14 Leermomente und 2,8 % ab 1.12.2022) jeglicher Inflationsausgleich bzw. Einmalzahlung nur rückwirkend betrachtet werden kann. Die vergangene Inflation und die unzureichenden Ergebnisse aus 21/22 fressen die Einmalzahlungen sofort auf. Entgegen anderer Behauptungen wird die gegenwärtige Inflation also nicht ausgeglichen und das heißt Reallohnverlust. Wie gesagt: Das ist inakzeptabel!

Wir waren uns gemeinsam über die Gefahr der Einmalzahlungen einig, bei denen ihr selbst immer wieder betont habt, dass sie weder renten- noch tabellenwirksam seien und auch nicht zu einer Lohnsteigerung führten. Sie seien die „Büchse der Pandora“. Die Realität der Verhandlungsergebnisse widerspricht diesen Aussagen allerdings diametral.

Darüber hinaus vernachlässigen eure Rechenbeispiele, denen zufolge Kolleginnen und Kollegen am Ende der 24-monatigen Laufzeit einen Lohnzuwachs von gut 11 % erhalten, dass dabei sowohl die Leermomente sowie die Tatsache ausgeblendet werden, dass diese Zahl nicht – wie gefordert – am Anfang einer 12-monatigen Laufzeit steht, sondern erst nach 14 Monaten gilt. Jeden Monat verlieren die Kolleginnen und Kollegen Geld. Und so wird auch hier klar: Das ist weder Reallohnverlust noch Inflationsausgleich!

Schon wie nach dem letzten TV-L-Ergebnis, das anscheinend als Vorlage für diesen TVöD-Abschluss betrachtet werden kann, habt ihr nach dem Abschluss das Ergebnis schön geredet. Nun ist wieder die Rede von einem „Ergebnis, das sich sehen lassen kann“ oder „spürbar mehr Geld“. Die Diskussion unter den Kolleginnen und Kollegen macht deutlich, dass sie vor den Kopf gestoßen sind. Das kann sich eine Gewerkschaft nicht leisten!

Was sich eine Gewerkschaft auch nicht leisten kann, ist eine Mobilisierung, wie die vergangene, einfach abzuwürgen. Hunderttausende von Unterschriften von ver.di-Mitgliedern und nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen haben deren Streikbereitschaft gezeigt. Im Laufe des Tarifkampfes steigerte sie sich noch angesichts der Provokationen der Arbeitgeberseite. Auch der gemeinsame Streik mit der EVG hat gezeigt, was möglich ist. Wir alle sehen darüber hinaus die Entwicklung der wirtschaftliche Lage und die steigende Arbeitsbelastung. Ein unbefristeter Streik wurde

zurecht vorbereitet, nun aber eingestampft. Das ist ein Problem für unsere Organisationen, deren Berechtigung sich aus der Interessenvertretung ihrer Mitglieder speist.

Wir weisen darauf hin, dass es für uns Arbeitnehmer*innen viele Nachteile bei der steuerfreien Einmalzahlung gibt, die aus der konzertierten Aktion der Regierung Scholz mit den sog. Sozialpartnern hervorgegangen ist. Gleichzeitig hat die Einmalzahlung für die Arbeitgeber aber nur Vorteile: Weder erhöhen sie den Lohn dauerhaft, noch zahlen sie Steuern oder Sozialabgaben. Aus Arbeitgebersicht handelt es sich also um Reallohnkürzungen.

Haben wir Arbeitnehmer*innen bei dem Versuch, die höheren Lebenshaltungskosten auszugleichen, das Geld einmal verkonsumiert, ist es weg. Unseren Lebensstandard konnten wir kaum halten, geschweige denn heben. Was bleibt, ist eine Konsumspritze für die Wirtschaft, die teils tatsächlich an höheren Produktionskosten leidet, teils aber einfach höhere Preise durchsetzen will. Für uns Arbeitnehmer*innen ist beides einerlei.

Zusätzlich fehlen den Sozialkassen die Einnahmen aus den Sozialabgaben, von denen die mittleren und unteren Gehaltsklassen überproportional profitieren. Die 3.000 Euro nutzen also vornehmlich der Entlastung der Arbeitgeber sowie der Stimulierung der Wirtschaft, d.h. der Sicherung der Profite der Unternehmen. Für uns steigt weder der Lohn noch die Rente.

Die Einmalzahlungen als „Büchse der Pandora“ zu bezeichnen, passt also ganz gut. Zumal sie ein Eingriff in die Tarifautonomie sind. Die Bundesregierung hat politisch das Volumen der Lohnerhöhung für das Jahr 2023 auf max 3.000 Euro vorgegeben. Diesen Eingriff, den das Verhandlungsergebnis vollumfänglich umsetzt, halten wir für falsch.

Ihr habt immer wieder die „Blockade“ der Arbeitgeber betont. Mit „diesen“ Arbeitgebern sei kein anderes Ergebnis zu erreichen gewesen. Was hinter dieser Blockade steht, haben die Arbeitgeber im Vorfeld und während der Warnstreiks klar gemacht: Klamme Kommunen und der Krieg. Um führende Militärmacht in Europa zu werden und für den Krieg in der Ukraine gibt die Bundesregierung Milliarden aus, die bei der Finanzierung des öffentlichen Dienstes und der Unterstützung der Kommunen fehlen. „Mit diesem Ergebnis gehen wir an die Schmerzgrenze“ heißt es vom Kollegen Werneke. Wir sagen: „Unsere Schmerzgrenzen sind nicht die Grenzen des Finanzierungsspielraums einer Regierung, die für 10 Mrd. Euro 35 Kampfpants kauft.“

Wir lehnen es ab, dass mit einer angeblich fehlenden Kampfbereitschaft oder dem Hinweis darauf, dass die Kolleg*innen gerne die 3.000 Euro angenommen haben, die Mitglieder und Beschäftigten für den Abschluss verantwortlich gemacht werden. Die Verantwortung liegt hier ganz eindeutig auf Seiten der Vorstände, die die Annahme des Schlichtungsergebnis empfohlen haben.

Last but not least: Als angestellte Lehrkräfte ist unser Ziel die Angleichung an die Beamt*innen. Der Ausgleich dieser massiven Lohnungerechtigkeit motiviert uns alle und ist für viele GEW-Mitglieder der Grund, mit der Gewerkschaft zu kämpfen. Der Reallohnverlust ist daher das absolut Mindeste, aber dieser Abschluss hält noch nicht einmal das ein und enttäuscht die Mitglieder. Das ist eine reale Gefahr für die Gewerkschaft!

Für die kommenden Tarifverhandlungen über den TV-L fordern wir daher mit umso mehr Nachdruck, dass es keinen Abschluss ohne sofortige und unmittelbar wirksame Erhöhung der Tabellenlöhne geben kann! Eine weitere und damit bereits zweite Nullrunde nach der von Oktober 2021 bis November 2022 lehnen wir vollständig ab.

Gewerkschaftliche Grüße

Julian Gürster, Henning Frey
(i.V. für den AS „Angestellte Lehrkräfte“ des GEW-Stadtverbands Köln)



Der 1. Mai 2023 – Ungebrochen solidarisch!

In Zeiten von Inflation und massivem Reallohnverlust, in denen sich viele Kolleg*innen inmitten von oder unmittelbar vor wichtigen Tarifrunden befanden, war die traditionelle Mai-Kundgebung der Gewerkschaften wichtiger denn je. // **Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln**

So zogen auch dieses Jahr mehrere tausend Gewerkschafter*innen vom Hans-Böckler-Platz zum Heumarkt, wo sich schlussendlich ca. 15.000 Menschen versammelten, um alle zusammen den Tag der Arbeit zu feiern. Das Motto „Ungebrochen solidarisch“ hätte nicht besser gewählt sein können in einer Zeit, in der Arbeitgeber*innen unter dem Deckmäntelchen der „Systemrelevanz“ versuchen das Streikrecht anzugreifen, und wo Rechtsextreme die finanzielle Misere vieler Menschen für ihre spaltenden und diskriminierenden Belange versuchen schamlos auszunutzen.

Finger weg vom Streikrecht!

Vom Kölner 1. Mai ging ein klares Signal aus: Wir sind solidarisch und lassen uns nicht spalten! Wir gehen alle zusammen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal auf die Straße! Und in Richtung Arbeitgeber*innen wurde sehr deutlich betont: Finger weg vom Streikrecht!

Um die Solidarität zu unterstreichen, die das diesjährige Motto in den Vordergrund gestellt hat, fand direkt zu Beginn der Kundgebung eine „Streichholzaktion“ statt, bei der die Streichhölzer die Flamme der Solidarität symbolisierten. Sie ist als unsere große gewerkschaftliche Kraft ansteckend und lebendig, bringt Licht ins Dunkel und kann von jeder und jedem Einzelnen weitergetragen werden, so dass aus vielen kleinen Funken ein großes Leuchtfeuer der Solidarität werden kann.

Für hochqualifiziertes und hochbezahltes Personal in der Bildung!

Die DGB-Einzelgewerkschaften, die DGB-Jugend und die DGB-Frauen hatten hierzu Statements vorbereitet, die kurz und prägnant das auf den Punkt brachten, wofür sie einstehen. Die Beiträge wurden jedoch nicht von der jeweiligen Gewerkschaft selbst vorgebracht, sondern jeweils von einer anderen. So zeigte sich Achim Schlömer, Vorsitzender des Ortsvereins Köln unserer Schwestergewerkschaft ver.di, solidarisch mit der GEW: „Ich bin ungebrochen solidarisch mit allen Beschäftigten und Beamt*innen in Kitas,

Schulen, Hochschulen und Weiterbildungsstätten! Gute Bildung brauchen wir für eine gute Zukunft für alle Kinder, Jugendlichen und auch Erwachsenen. Und dazu braucht es nicht nur mehr Personal, wir brauchen hochqualifiziertes und hochbezahltes Personal. Und nicht zuletzt brauchen wir in Kitas, Schulen, Hochschulen und überall (...) die besten Arbeits- und Lernbedingungen, die man sich nur vorstellen kann, denn nur so gelingt eine gute Zukunft!“.

Unsere Vorstandskollegin Christina Krautwurst brachte unsere Solidarität mit Frauen zum Ausdruck: „Ich bin ungebrochen solidarisch mit allen Frauen dieser Welt: für ihr Recht auf Arbeit, auf Bildung und auf Selbstbestimmung! Und das nicht nur in Afghanistan und nicht nur im Iran, sondern in der ganzen Welt!“ (Transkript der O-Töne aus Videomitschnitten der Kundgebung).

Fehlendes Geld ist bei Großkonzernen und Vermögenden zu holen!

Köln war dieses Jahr Ort der bundeszentralen Maikundgebung des DGB, so dass auch Yasmin Fahimi, Bundesvorsitzende des DGB, als Rednerin nicht fehlen durfte. In ihrer Rede forderte sie unter anderem ein Tariftreugesetz zur Eindämmung der Tariffucht und betonte einmal mehr, dass gute Tarifabschlüsse ebenso unverzichtbar seien wie das Streikrecht an sich. Zur Finanzierungsfrage stellte sie klar, dass der DGB eine Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe sowie eine angemessene Erbschaftssteuer fordert, sowie dass Großkonzerne und Vermögende endlich entsprechend finanziell in die Pflicht genommen werden müssten. Der Kölner DGB-Vorsitzende Witich Roßmann sprach in diesem Zusammenhang von einer „Gier-Inflation“, ausgelöst durch eine „Gewinn-Preis-Spirale“ statt der vermeintlichen „Lohn-Preis-Spirale“. Auch er knöpfte sich die Großkonzerne vor mit ihren milliardenschweren Ausschüttungen an Aktionär*innen sowie steigenden Managergehältern und mahnte in Richtung Finanzminister Lindner: „Hier liegt das Geld, nach dem er sucht!“.

Roßmann erinnerte zudem an den 2. Mai 1933, an dem die Nazis die freien Gewerkschaften zerschlugen, Gewerkschafter*innen

verhafteten, in KZs steckten, folterten und ermordeten. Er betonte, dass Köln sowohl zivilgesellschaftlich, politisch als auch in vielen Bündnissen im Kampf gegen Rechts ganz klare Kante zeige, und schloss seine Rede mit den Worten: „Gemeinsam (...) sind wir ungebrochen solidarisch gegen Diskriminierung, Rassismus, Nationalismus!“.

Solidarität mit den Kolleg*innen in Frankreich

Am Nachmittag gab es ein breit gefächertes Kulturprogramm, darunter auch die renommierte Kölner Band „Brings“, die bereits eine langjährige Tradition bei den Kölner Maikundgebungen hat. Im Vorfeld hatte ein kürzlich auf Instagram veröffentlichter Beitrag der ebenfalls eingeladenen Band „Culcha Candela“ für Aufsehen gesorgt, in dem sie sich kritisch gegenüber den Demonstrierenden in Frankreich geäußert hatten, die gegen weiteren Sozialabbau auf die Straße gingen. Während die Band auf Wunsch der Kölner Gewerkschaften auf der Bühne mit ihrem Zitat und unserem Unmut diesbezüglich konfrontiert wurde, betonte Witich Roßmann in seiner Mairade: „Heute erklären wir von unserer Maikundgebung unsere ungebrochene Solidarität mit den Hunderttausenden, die am 1. Mai in Paris und in ganz Frankreich auf die Straße gehen, um gegen die unsozialen Rentenreformen ihres Präsidenten Macron zu protestieren“. Damit stellte er unzweifelhaft klar, wie wir Gewerkschaften zu diesen Protesten stehen, nämlich getreu unseres diesjährigen 1. Mai-Mottos: Ungebrochen solidarisch!

Wir möchten uns auf diesem Wege nochmal ganz herzlich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass unser 1. Mai das sein durfte, was er für uns ist und immer sein wird: ein Feier-Tag im besten Sinne des Wortes. Ein ganz besonderer Dank geht an unsere Aktiven, die sich als Ordner*innen für die Demo und Kundgebung zur Verfügung gestellt hatten, sowie an diejenigen, die mitgeholfen haben, unseren Stand am Heumarkt aufzubauen und zu betreuen! Ohne euch wäre das alles nicht möglich – daher allerbesten Dank und „Glück auf“!

„Was sind wir für eine Masse! Was stellen wir für eine Macht dar!“

Über die Zerschlagung der Gewerkschaften in Deutschland am 2. Mai vor 90 Jahren // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Seit der Machtübernahme der Nazis am 30. Januar 1933 füllten die Mitglieder des ADGB bereits massenhaft die Gefängnisse und die ersten Konzentrationslager in Dachau bei München, Oranienburg bei Berlin oder Ahrensböke bei Hamburg. Doch selbst zu diesem Zeitpunkt suchte die Gewerkschaftsführung noch einen Kompromiss mit Hitler. Schändlicher Höhepunkt war der 1. Mai 1933. „Seht her! Was sind wir für eine Masse! Uns kann keiner!“, hieß es bei der ADGB-Kundgebung in Berlin. Nur einen Tag später gab es in Deutschland keine freien Gewerkschaften mehr.

Die NSDAP zielte darauf ab, die in Deutschland starke und gut organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Im Fokus stand der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“ (ADGB), der Vorläufer des heutigen DGB. Der ADGB war der größte nationale Gewerkschaftsdachverband der Welt. 1920 war er mit 8,3 Millionen Mitgliedern auf dem Höhepunkt seiner Macht. Durch Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit stark geschwächt organisierte er 1932 immerhin noch 3,8 Millionen Beschäftigte. Innerhalb des ADGB rangen kämpferische Kolleg*innen, darunter viele Kommunist*innen, mit staatstragenden Bürokrat*innen um die Ausrichtung. Ab 1929 organisierte die KPD mit ihrer „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) praktisch eine Konkurrenzorganisation, die aber wenig an Einfluss erlangen konnte und die Mehrheit der Beschäftigten somit den SPD-nahen Funktionär*innen im ADGB überließ.

Der 1. Mai war in der Weimarer Republik kein Feiertag. Die bürgerlichen Parteien verhinderten das und die SPD nahm das als Koalitionspartnerin hin. Arbeiter*innen mussten sich die Teilnahme an den Kundgebungen zum „Tag der Arbeit“ hart erkämpfen, faktisch streiken und unbezahlt der Ar-

beit fernbleiben. Im von der SPD regierten Preußen wurden 1924 und dann erneut 1928 Demonstrationen unter freiem Himmel untersagt. 1929 kam es dann zum sogenannten Blutmai, bei dem der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, mit massiver Polizeigewalt gegen kommunistische Mai-Demos vorgehen ließ. 33 Arbeiter*innen kamen ums Leben, hunderte wurden verletzt.

Zur Situation in den Betrieben

Die NSDAP hatte die „Nationalsozialistische Betriebsorganisation“ (NSBO) ins Leben ge-

rufen, mit der sie unter den Arbeiter*innen Stimmung machen wollte. Doch selbst bei den letzten noch halbwegs freien Betriebsratswahlen im März 1933 blieb der ADGB mit 73,4 Prozent die stärkste gewerkschaftliche Organisation. Die RGO der KPD erlangte trotz Nazi-Terror und Verhaftungen noch 4,9 Prozent und die NSBO trotz ihrer Privilegien und riesiger Propagandaaufwendungen des Staates „nur“ 11,7 Prozent. Die immer brutaleren Angriffe der Nazi-Schläger- und Mördertruppe SA auf Arbeiter*innen und Linke erforderten schnell die Gegenwehr der Arbeiter*innenorganisationen. Anstatt aber eine Einheitsfront aus Gewerkschaf-



1920 wurde die Republik noch durch einen Generalstreik der Gewerkschaften verteidigt. 1933 blieb der Streikaufruf aus. (Quelle: ver.di-Archiv)

ten, KPD und SPD zu bilden, bezeichnete die stalinistisch ausgerichtete KPD unter Thälmann die SPD als „sozialfaschistisch“. Die Führungen von SPD und ADGB setzten ganz auf den bürgerlichen Staat, die Weimarer Republik, und deren Verteidigung. Als Hitler dann Reichskanzler wurde, forderten die KPD und auch viele Gewerkschafter*innen den Generalstreik, wie er 1920 noch erfolgreich gegen den konterrevolutionären Kapp-Putsch als Mittel des Widerstands eingesetzt worden war. Doch diesmal lehnte die ADGB-Führung ab.

Beginn des braunen Terrors

Die bürgerlichen Kräfte hatten den Faschist*innen die Macht legal übertragen. Innenminister in Preußen wurde ein gewisser Hermann Göring, der seine Leute von der SA sogleich zu Hilfspolizisten ernannte. Auch in anderen deutschen Ländern wurde diese Methode von Naziregierungen praktiziert. Zusätzlich diente den Nazis die aus der Weimarer Demokratie übernommene und stets gehorsame reguläre Polizei. Aus dieser Zeit stammt übrigens auch der Spruch von der Polizei als „dein Freund und Helfer“.

Nach dem Reichstagsbrand im Februar setzte der staatliche Terror gegen Kommunist*innen ein. Verhaftungen, Razzien in Arbeitervierteln und Betrieben, „Schutzhaft“, Folterungen, Morde und Misshandlungen in erst „wildem“, dann offiziellen KZs prägten das Bild. Auch aktive Gewerkschafter*innen und Sozialdemokrat*innen wurden jetzt für vogelfrei erklärt. Im Februar wurde der SPD-Politiker und Gewerkschafter Julius Leber verhaftet. Lübecker Arbeiter*innen traten noch in den Streik, um seine Freilassung zu erzwingen, womit sie Erfolg hatten. Wenige Wochen später war das schon nicht mehr möglich.

Am 4. Februar schrieb die ADGB-Führung noch kämpferisch:

„Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überwältigen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch die- ser Regierung nicht gelingen.“

Einen Monat darauf führten SA und Polizei dann reichsweite Razzien in Gewerkschaftshäusern durch. Am 9. März stürmte die Münchner SA das dortige Gewerkschaftshaus. Nach den für es blamablen

Betriebsratswahlen ließ das neue Regime alle weiteren Wahlen aussetzen. Die Betriebsräte wurden faktisch abgeschafft, die Unternehmer*innen waren als „Betriebsführer“ wieder „Herr im Haus“.

Der Anbiederungskurs der Gewerkschaftsbürokratie

Während sich die eigenen Mitglieder, kämpferische Betriebsrät*innen und auch Funktionär*innen massenhaft in den Gefängnissen und Konzentrationslagern wiederfanden, setzte die ADGB-Spitze darauf, dass ihre Strukturen auch unter der „Nationalen Revolution“ erhalten bleiben würden. Man erklärte sich sogar dazu bereit, sich „in den Dienst des neuen Staates zu stellen“. Der Aufruf zum 1. Mai griff sogar zu Nazi-Jargon: „Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren und ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden.“ (15. April 1933)

Im selben Aufruf wurden die angekündigten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Regimes begrüßt, die vor allem zur Kriegsvorbereitung dienten.

Am 28. April 1933 bildete sich ein „Führerkreis der Vereinigten Gewerkschaften“. Mitunterzeichner des Aufrufs waren Wilhelm Leuschner (SPD; hingerichtet 1944) Jakob Kaiser („Zentrum“; nach 1949 Vors. der CDU in der SBZ) und Theodor Leipart (bis 1933 Vorsitzender des ADGB; setzte sich nach 1945 für die Gründung einer Einheitsgewerkschaft ein). Um die Gewerkschaften als Organisation zu erhalten, distanzierten sie sich von Klassenkampf, Tarifautonomie, Mitbestimmung und Demokratie. Die Integration der Gewerkschaften in den neuen „Nationalen Staat“ sollte bei der Maifeier am 1. Mai 1933 demonstriert werden, wo die Gewerkschaftsführung zusammen mit den Nazis unter der Hakenkreuzfahne marschierte. Auch die Gewerkschaftshäuser wurden schwarz-weiß-rot beflaggt.

„Tag der Nationalen Arbeit“

Die bürokratische Führungsebene des ADGB hatte allen vor Augen geführt, dass von ihr kein Widerstand zu erwarten sei, und zudem gezeigt, wie weit sie in ihrer Anpassung zu gehen bereit war. Weil der 1. Mai jetzt ein staatlich ausgerufenen Feiertag sein sollte, wurden ganze Belegschaften zusammen mit ihren Chefs und unter nationalistischen Losungen zu den Großkundgebungen ge-

bracht. Der „Tag der Nationalen Arbeit“ war jedes internationalistischen und klassenkämpferischen Inhalts beraubt. Fortan sollten Arbeiter*innen, Unternehmerschaft und Staat gemeinsam den 1. Mai begehen. Gleichzeitig bereiteten die Nazis den finalen Schlag vor. Am 17. Mai schrieb Goebbels in sein Tagebuch:

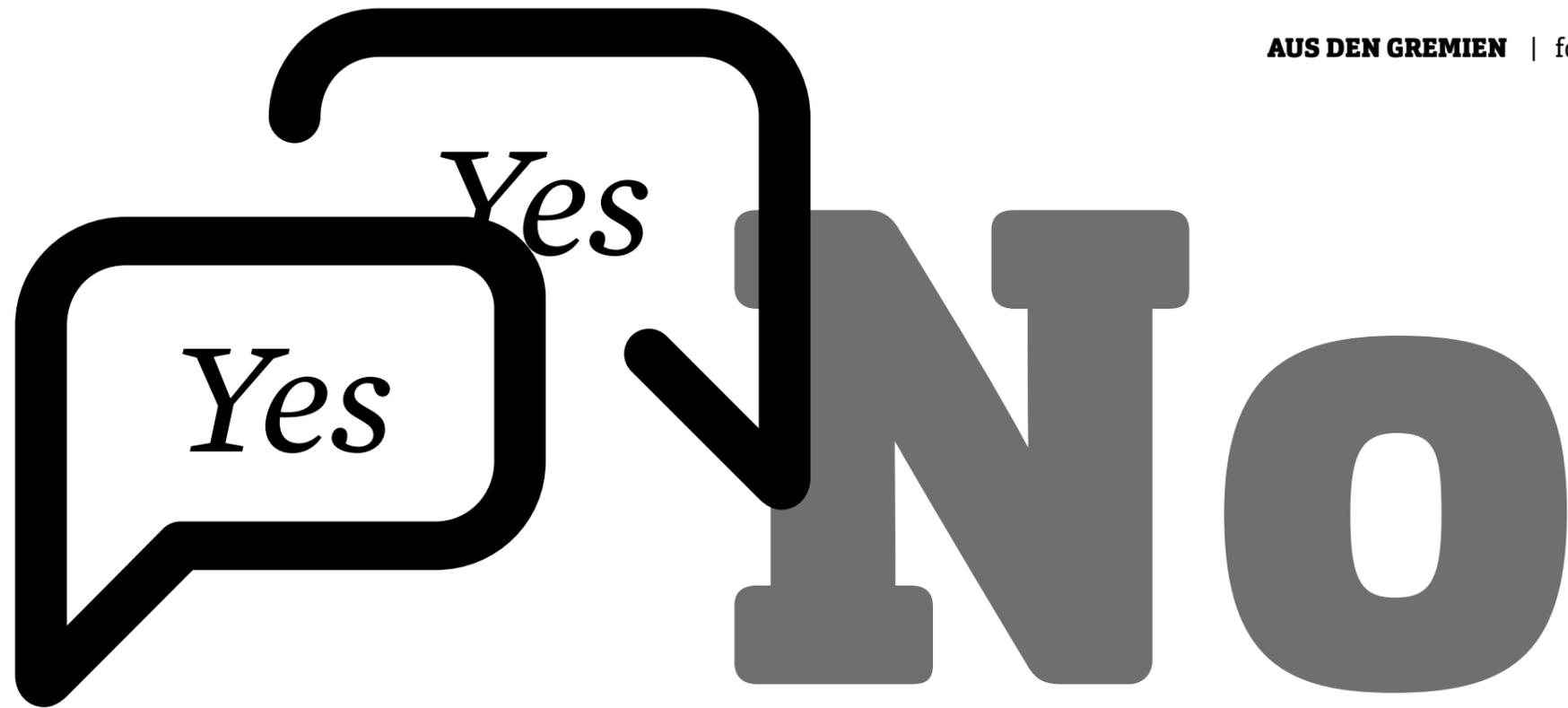
„Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet. Es wird vielleicht ein paar Tage Krach geben, aber dann gehören sie uns. Man darf hier keine Rücksicht kennen. Wir tun dem Arbeiter nur einen Dienst, wenn wir ihn von der parasitären Führung befreien, die ihm bisher das Leben sauer gemacht hat. Sind die Gewerkschaften in unserer Hand, dann werden sich auch die anderen Parteien und Organisationen nicht mehr lange halten können.“

Zerschlagung der Gewerkschaften

Am Morgen des 2. Mai besetzten Rollkommandos von SA, SS und NSBO alle deutschen Gewerkschaftshäuser, Druckereien, Verlage und Vereinshäuser. Das Inventar wurde verwüstet, Gewerkschafter*innen brutal misshandelt und in „Schutzhaft“ genommen. Das gesamte Vermögen der Gewerkschaften wurde vom NS-Staat konfisziert und der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) übergeben, die bis zum Untergang 1945 zur Zwangsorganisation aller Arbeitnehmer*innen“ und Arbeitgeber*innen“ werden sollte. Mit dem von den Gewerkschaften geraubten Geld organisierte die DAF im Dritten Reich ihre „Wohltaten“ für die Massen: gemeinsame Eintopf-Speisungen von Arbeiter*innen und Angestellten mit ihren Arbeitgeber*innen, KdF-Reisen usw. Das, was als „nationaler Sozialismus“ und „Volksgemeinschaft“ verkauft wurde, diente nur dazu, die Gegensätze zwischen den gesellschaftlichen Klassen zu kaschieren. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften wurde die deutsche Arbeiterschaft entrechtet, demoralisiert und wehrlos gemacht. Am Ende saß sie in den Folterkellern oder diente im Raub- und Vernichtungskrieg als Kanonenfutter.

Eine Gesamtschule in Neubrück? Never take no for an answer!

Eine verhängnisvolle Fehlentscheidung
// **Anne Ratzki, Arbeitskreis Schulentwicklung**



Am 22.11.2022 lehnte die Ratsmehrheit von CDU/Grüne/Volt zusammen mit der FDP die Gründung der Gesamtschule Neubrück ab. Der Antrag, die Hauptschule auslaufen zu lassen und am Helene-Weber-Platz eine Gesamtschule zu errichten, war von SPD und Linken bereits im Oktober 2021 gestellt worden. Die Verwaltung hatte eine sehr gründliche Machbarkeits-Vorlage erarbeitet. Angesichts der großen Zahl fehlender Gesamtschulplätze und der geringen Anmeldezahlen an der Hauptschule wäre eine Zustimmung zu erwarten gewesen.

Doch die Grünen verwiesen auf die gute Arbeit der Hauptschule und die CDU auf die „Schulformwechsler“, die nach Klasse 7 die Hauptschule füllen würden, und lehnten eine Gesamtschule ab.

Der Ablehnungsantrag zitiert das Schulamt der Stadt Köln mit einer kühnen Behauptung: „Das Profil der Hauptschule erweise sich als ein Erfolgsmodell in Sachen Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, insbesondere im Bereich Sprachförderung und Inklusion.“

1. Der Bürgerverein Neubrück will nicht aufgeben

Während der Beratungen des Antrags im Schulausschuss hatte die Vorsitzende des Bürgervereins, Sylvia Schrage, in einem offenen Brief dargestellt, wie sehr Neubrück

eine Gesamtschule braucht. Durch die Lage des Stadtteils würden Neubrück Kinder zu keinem Einzugsbereich einer Gesamtschule gehören und in der Regel abgewiesen. Wie viele andere Eltern hatte sie dies selbst erlebt.

Auch nach der negativen Ratsentscheidung: Der Bürgerverein Neubrück will nicht aufgeben. Am 9.5.2023 fand ein Treffen der Vorsitzenden mit Eltern, dem Sozialraumkoordinator, Vertretern von Parteien im Rat und im Bezirk und dem Arbeitskreis Schulentwicklung der GEW statt. Wenn der Vorstand des Bürgervereins zustimmt, steht die Gründung einer Bürgerinitiative für eine Gesamtschule in Neubrück an. Ein Termin für eine öffentliche Veranstaltung wurde bereits festgelegt.

Neubrück gibt nicht auf! Es verdient unsere Unterstützung.

2. Die Gesamtschule Neubrück im Gespräch halten

Die Ablehnung einer Gesamtschule in Neubrück wurde vom Ratsbündnis auch damit begründet, „dass es sich bei der Kurt-Tucholsky-Hauptschule um eine Schule handele, die gut nachgefragt sei“. Die diesjährige Erst-Anmeldung von 22 Schüler*innen zeigt jedoch das Gegenteil, auch wenn später noch 9 Schüler*innen dazukamen. Nicht einmal die Hälfte der 72 Plätze wurde belegt. An der Katarina-Henoth-Gesamtschule in Kalk mussten dagegen 79 Schüler*innen

abgewiesen werden. Bei 108 neuen Gesamtschulplätzen in Neubrück wären sie in ihrer Wunschschulform Gesamtschule aufgenommen worden.

Lohnt es sich also, trotz des Ratsbeschlusses weiter eine Gesamtschule zu fordern?

Am 11.5.2023 hatte die SPD Kalk in die katholische Grundschule in Neubrück zu einer Veranstaltung eingeladen: „Zukunft Schule in Neubrück und Köln.“ Oliver Seeck, schulpolitischer Sprecher der SPD im Rat und Jochen Ott, schulpolitischer Sprecher der SPD im Landtag, diskutierten mit Eltern, Schulleiter*innen der Neubrück Schulen und Schulen angrenzender Stadtteile sowie dem Schulleiter der Katharina-Henoth-Gesamtschule, der einzigen Gesamtschule im Stadtbezirk Kalk.

Neubrück hat zwei Grundschulen und eine Hauptschule, keine anderen weiterführenden Schulen. Schulleiter*innen berichteten von Platzmangel an den Grundschulen und Interesse auch umliegender Stadtteile an einer Gesamtschule in Neubrück. Diese hätte mit vier Zügen und 108 Schüler*innen schon im nächsten Schuljahr 23/24 beginnen können, wäre sie nicht von der Ratsmehrheit von CDU, Grünen und Volt abgelehnt worden.

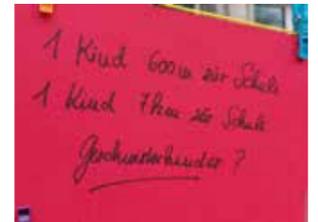
3. Lohnt es sich bei dieser Lage, weiter über eine Gesamtschule in Neubrück zu reden?

Viel hängt davon ab, ob eine aktive Bürgerinitiative gegründet werden kann, die ein längeres Durchhaltevermögen besitzt. Diese Einschätzung beruht auf dem Erfolg früherer Bürgerinitiativen, z. B. für eine Gesamtschule in Ehrenfeld, Nippes oder in Dellbrück, die mehrere Jahre aktiv waren. Die sinkenden Anmeldezahlen an der Hauptschule erhöhen den Druck auf Rat und Verwaltung, aber auch auf die Schule. Wichtig wären deshalb auch Gespräche vor Ort mit dem Kollegium der Hauptschule, dem allseits gute Arbeit bescheinigt wird und die den Abbruch ihrer Arbeit befürchten. Es müsste vermittelt werden, dass engagierte Kolleg*innen an einer Gesamtschule willkommen sind, dass sie ihre Arbeit in einer Gesamtschule nicht nur fortsetzen könnten, sondern dass ihren Schüler*innen dort weit mehr Chancen offen stehen als an einer Hauptschule.

Eine umfassende Dokumentation über den Einsatz des Arbeitskreises Schulentwicklung der GEW Köln und des Bürgervereins Neubrück sowie der Berichterstattung zur Gründung einer Gesamtschule in Neubrück befindet sich auf unserer Homepage unter:



<https://koeln.gew-nrw.de/unsere-themen/neuigkeiten-aus-koeln/detail-neuigkeiten/news/eine-gesamtschule-in-neubruock-never-take-no-for-an-answer.html>



Kurze Beine, lange Busfahrten – (k)ein Platz für Grundschulkinder in Köln?

...und täglich grüßt das Murmeltier! Nach der Problematik mit dem Anmeldeverfahren an weiterführenden Schulen und dem jahrelangen gravierenden Platzmangel an Gesamtschulen, trifft es nun auch die Grundschulen. // **Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln**

Statt des Prinzips „Kurze Beine, kurze Wege“ wird wohl künftig für viele Erstklässler*innen eher „kurze Beine, lange Busfahrten“ gelten. In mehr als einem Drittel aller Kölner Grundschulen gab es bereits Anfang März mehr Anmeldungen als Plätze, Anfang Februar waren darüber hinaus 575 schulpflichtige Kinder noch gar nicht angemeldet, hinzu kommen ca. 500 Wiederholer*innen der ersten Klasse für das Schuljahr 2023/24. Der Mangel an Grundschulplätzen in Köln ist so eklatant, dass viele Kinder nicht in der Nähe ihres Wohnortes zur Grundschule werden gehen können, sondern weite Wege werden zurücklegen müssen.

Zahlreiche Rückmeldungen zeichnen ein erschreckendes Bild: Schulen müssen teilweise ganze Klassen abweisen. Die GEW Köln und die Stadtschulpflegschaft Köln erreichen Meldungen über Kinder, die künftig Fahrtwege von bis zu einer Stunde pro Strecke in öffentlichen Verkehrsmitteln werden zurücklegen müssen. Berufstätige Eltern oder gar Alleinerziehende stehen vor einer unlösbaren Aufgabe, wie sie ihre Kinder zur Grundschule begleiten sollen, falls sie diese nicht in diesem jungen Alter so weite Strecken alleine fahren lassen wollen. Man stelle sich die Situation einer Familie ohne Auto – die somit auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist – einmal vor: Eine Stunde das Grundschulkind zur Schule begleiten, eine

Stunde zurückfahren, später nochmal eine Stunde hinfahren, Kind abholen, und nochmal eine Stunde zurück. Das sind vier (!) Stunden am Tag, die weder zum Arbeiten genutzt werden können noch dazu, andere Kinder zu betreuen.

Protestaktion „Wir zeigen der Stadt die Rote Karte!“ der GEW Köln & der Stadtschulpflegschaft Köln

Um dieser Katastrophe öffentlichkeitswirksamen Protest entgegenzusetzen und den Betroffenen eine laute Stimme zu geben, haben die GEW Köln und die Stadtschulpflegschaft Köln kurzerhand eine gemeinsame Protestaktion organisiert. Am 20. März fanden sich trotz KVB-Streik zahlreiche Eltern, Kinder, Lehrkräfte und Schulleitungen am Theo-Burauen-Platz am Rathaus ein, um gegen die Grundschulplatzmisere zu protestieren. Zusätzlich zur Kundgebung konnten Betroffene rote Karten schreiben, die danach an die politischen Verantwortlichen der Stadt gesendet wurden.

Die Redebeiträge am Offenen Mikro bestätigten das erschreckende Bild: Ein Vater berichtete beispielsweise, dass er ein gutes Jobangebot hätte, das ihn und seine Familie endlich aus der prekären finanziellen Situation herausholen könnte – aber er wird es nicht annehmen können, da er ab Sommer künftig 4 Stunden pro Tag mit Öffentlichen

quer durch Köln wird kutschieren müssen, um seinem Kind den Schulbesuch zu ermöglichen. Eine Krankenschwester erklärte unter Tränen, dass sie nicht wisse, wie sie das machen solle, es sei denn, sie gibt ihren Job auf. Wieder andere überlegen, aus Köln wegzuziehen: „Meine Frau ist wieder schwanger und wir fragen uns angesichts der Situation jetzt mit unserem künftigen Grundschulkind, ob Köln ein Ort ist, an dem man noch weitere Kinder in die Welt setzen sollte“. Eine Mutter, die leider nicht persönlich anwesend sein kann, uns vorab aber eine „rote Karte“ geschickt hatte, schreibt darauf: „Es macht mich als Mutter wütend, traurig und ich habe schlaflose Nächte! Wir werden mit so vielen Fragen allein gelassen. Wie soll der Schulweg gemeistert werden ohne fahrbaren Untersatz? Wer zahlt die Kosten? Wie soll man seinem Beruf nachkommen, da man sein Kind begleiten muss?“

Gravierende Fehlberechnungen der Stadt Köln bei den Entfernungslisten

Letztere Familie hat Glück im Unglück, denn wie wenige Tage nach unserer Kundgebung herauskommt, hat es offenbar zusätzlich zum Schulplatzmangel einen gravierenden Fehler seitens der Stadt bei der Berechnung der Schulplätzuteilung gegeben: Ausgerechnet im stark betroffenen Stadtteil Porz-Eil wurden fälschlicherweise die Fahrtwege

zur Schule mit dem Auto als Berechnungsgrundlage verwendet, rechtlich relevant ist allerdings der Fußweg. Die Berechnung der Stadt Köln wurde falsch durchgeführt, es wurden falsche Bescheide versandt, die zurückgenommen werden mussten. Aufgefallen war dies jener Mutter, die wegen genau dieses Punktes Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid für ihren Sohn eingelegt und auf Klärung dieser Frage gedrängt hatte. Diese Panne hat eine komplette Neuberechnung der Zuteilung für Porz-Eil notwendig gemacht hat, dem Widerspruch der betroffenen Familie wurde mittlerweile stattgegeben.

GEW und Stadtschulpflegschaft forderten daraufhin eine Überprüfung aller Entfernungslisten der Stadt auf diesen Fehler hin. Laut Stadt sei dieser Fehler nur in Porz passiert, allerdings sind uns erste Fälle bekannt, bei denen Ähnliches auch in anderen Stadtteilen vorgekommen sein soll. Letztlich kann Eltern, deren Kinder an ihrer Erstwunschschule abgelehnt wurden, nur empfohlen werden, bei der Schule und beim Schulamt nachzuhaken, ob ihre Zuteilung anhand des Lauf- oder des Fahrtweges berechnet wurde und gegebenenfalls rechtlich überprüfen zu lassen, ob ein Widerspruch erfolgreich sein könnte. Das Chaos – zumindest in Köln-Porz, im schlimmsten Fall in ganz Köln – ist perfekt, ein weiterer unbegreiflicher Tiefschlag in der Kölner Schulpolitik.

GEW Köln & Stadtschulpflegschaft Köln erzeugen politischen und öffentlichen Druck

Unmittelbar bei Bekanntwerden der Grundschulplatzmisere haben sich GEW Köln und Stadtschulpflegschaft Köln zusammengetan, um als starke Allianz politischen und öffentlichen Druck zu erzeugen. Alle großen Kölner Medien haben unsere Pressemitteilungen aufgegriffen und mehrfach ausführlich berichtet, darunter der Kölner Stadtanzeiger, die Kölnische Rundschau, das WDR Fernsehen und Radio Köln.

Wir verstehen nicht, wie es zu einem solchen Schulbauversagen kommen konnte: Die Grundschulkindern fallen ja nicht plötzlich vom Himmel! Lange vorher ist zumindest eine gute Schätzung des Bedarfs bekannt, aber hier hat die Stadt beim Schulbau einmal mehr auf sehr erschreckende Weise versagt. Spontane Containerlösungen sind auch keine langfristige Lösung, sie ersetzen keine Zügigkeitserweiterung von Schulen oder neue Schulstandorte. Wir fordern die Stadt auf, veraltete Konzepte zu überarbeiten, so dass eine aufgrund von Fehlplanung entstandene desaströse Situation wie dieses Jahr künftig nachhaltig vermieden werden kann! Unsere Kundgebung hat gezeigt: Schulwege von einer Stunde in öffentlichen Verkehrsmitteln, vier Stunden pro Tag hin und zurück für die Eltern, wenn sie ihre Kleinen begleiten möchten, Berufstätigkeit

„nebenbei“ unmöglich, eventuelle weitere Kleinkinder betreuen ebenso schwierig. Wir brauchen daher schnellstmöglich ganz konkrete Lösungen für die diesjährigen Betroffenen.

Wenn Schulen aus allen Nähten platzen, mehr Kinder aufnehmen als vorgesehen, schon jetzt weder Räume noch Platz für alle Kinder da ist, muss weitergedacht werden. Stapeln kann man die Kinder an den Standorten nicht. Wie schon bei der Unterbringung von OGS-Kindern, sollten fußläufig gelegene andere Gebäude gemietet oder der Schule nahe gelegene Flächen genutzt werden, auf die ausreichend Container gestellt werden könnten, bis der notwendige Schulbau an geeigneter Stelle beginnt. Wir fordern kreative und schnelle Lösungen zugunsten der Kinder, die nicht zulasten der betroffenen Schulen, der dort unterrichteten Kinder und der Kolleg*innen gehen. Gleichzeitig muss die Stadt im Sinne der Bildung unserer Kinder ganz dringend das zugrundeliegende strukturelle Problem lösen und neue Schulplätze gemäß Bedarf einrichten, für die dann auch entsprechende Stellen ausgeschrieben werden können. Allen muss klar sein, dass die Notlösungen für dieses Jahr, wie auch immer sie dann aussehen werden, keine Dauerlösungen sein können und dürfen. Hier muss gehandelt werden, und zwar ganz grundlegend und zeitnah.

Der Offene Ganzttag auf dem Weg zum Rechtsanspruch

// Alexandra Klöckener, Ausschuss Offener Ganzttag der GEW Köln

Mit dem Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz - GaFöG) vom 2. Oktober 2021 hat die Bundesregierung den Anspruch auf ganztägige Betreuung rechtlich verankert: Ab August 2026 sollen zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch darauf haben, ganztägig gefördert zu werden. Der Anspruch soll in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet werden, damit ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung hat.

Wir Beschäftigten des Offenen Ganztages, dessen Einführung im Schuljahr 2004/05 nächstes Jahr zwanzigstes Jubiläum feiert, haben mit diesem Rechtsanspruch große Hoffnungen verknüpft. Denn bisher beschränkten sich die Regelungen auf einige kurze Erlasse im Schulgesetz. Unsere Hoffnungen bezogen sich auf festgelegte Standards bezüglich Fachkraft-Kind-Relation, Gruppengrößen, Öffnungszeiten und andere Rahmenbedingungen.

Aber schon die ersten Festschreibungen enttäuschen:

Geregelt wird der Rechtsanspruch auf Bundesebene im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII, § 24). Dieser sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an allen fünf Werktagen vor. Die Unterrichtszeit wird angerechnet. Der Rechtsanspruch soll auch in den Ferien gelten, dabei können Länder eine Schließzeit bis maximal vier Wochen regeln. Eine Pflicht, das Angebot in Anspruch zu nehmen, gibt es nicht. Es liegt in der Verantwortung der Bundesländer, das Bundesgesetz in Landesausführungsgesetze umzusetzen. Hier ist Nordrhein-Westfalen durch seine langjährigen Erfahrungen mit dem sogenannten „Trägermodell“ der offenen Ganztagsgrundschule (OGS) gut vorbereitet: Die Regelung, dass eine Ganztagsbetreuung auch an Schulen stattfinden kann, ist hier sowohl im Kinderbildungsgesetz (§ 4) als auch

im Schulgesetz (§ 9) verankert und wird im Rahmen der OGS umgesetzt.

Es werden also wieder zwei verschiedene Systeme gegeneinander in Anschlag gebracht, Schule und Jugendhilfe. Daraus ergibt sich möglicherweise ein Kompetenzgerangel, von dem noch nicht klar ist, wie das genau funktionieren soll:

„Wir müssen meines Erachtens die Einführung des Rechtsanspruchs jedoch zum Anlass nehmen, einige Ungleichgewichte zu regeln. Bisher ist de facto, nicht de jure, die Schulaufsicht für Genehmigung und Aufsicht zuständig, auf der Seite der Jugendhilfe fehlt das Gegenstück. Daher plädiere ich dafür, dass die zukünftigen OGS'en auch eine Betriebsurlaubnis nach § 45 SGB VIII erhalten. Damit bilden die Jugendämter ein Gegengewicht zur Schulaufsicht. Bei Konflikten müssen sich dann Jugendamt und Schulaufsicht miteinander auf Augenhöhe – wie das so heißt – verständigen.“ (Dr. Norbert Reichel)

Die Jugendämter, die eher über chronische Überforderung klagen, sollen sich nun auf Augenhöhe mit der Schulaufsicht verständigen?! Und der Offene Ganzttag sitzt mal wieder zwischen den Stühlen und soll die unterschiedlichen Erwartungen bedienen. Eine Schule als Ganzttag gedacht, wird es nicht geben, das ist damit festgelegt. Das Trägermodell wird weiter beibehalten; vormittags Schule, nachmittags Jugendhilfe, am additiven System wird sich nichts ändern.

In ganz NRW gibt es nur 9 gebundene Ganztagsgrundschulen und auch dies soll wohl so bleiben. Schade! Den Grundschulen, die schon alle Schüler*innen im Offenen Ganzttag unterbringen konnten, den Weg zur gebundenen Ganzttagsschule zu ermöglichen, scheint nicht erwünscht. Damit wird die Chance einer sinnvollen Konzeptentwicklung eines ganzen rhythmisierten Schultages vertan.

Ganz erschreckend finde ich die Festlegung von maximal vier Wochen Schließzeit im Schuljahr. Vier Wochen sind 20 Arbeitstage. Bei einem Urlaubsanspruch von 30 Arbeitstagen im Jahr, fallen damit pro Mitarbeiter 10 Tage in die Öffnungszeit! Das hört

sich erst einmal wenig an, bei einem Team von 20 Mitarbeitern sind dies aber 200 Öffnungstage mit zusätzlichem Mitarbeiterausfall. Krankenstand, Fortbildungen und Überstundenabbau noch nicht mitgerechnet. Da werden die Träger neue Personalkonzepte entwickeln müssen, um dieser Überlastung entgegenzuwirken. Denn das dies damit ausgeglichen wird, dass eine Gruppenleitung einfach 50 Kinder betreut, darf nicht passieren! Außerdem werden gemeinsame Konzeptionstage mit dem Lehrpersonal schwer möglich sein. Zeiten für Koordination und Beratung in der multiprofessionellen Zusammenarbeit sind nicht vorgesehen. Der Vorteil, den viele Mitarbeiter sehen, ist eine Erhöhung der flexibel zu gestaltenden Urlaubstage. Aber Vorsicht: wer Urlaub nimmt, muss vertreten werden und dafür braucht es mehr Personalkapazitäten!

**Weniger Schließtage =
mehr Betreuungstage =
mehr 8 Studentage =
mehr Personal**

Zur Vorbereitung auf das Landesausführungsgesetz wurde ein Expertenbeirat eingesetzt, der am 21.12.2022 seine Arbeit aufgenommen hat. Nach Angaben der Landesregierung umfasst der Expertenbeirat 14 Fachleute und Vertreter aus Wissenschaft, Schule und Schulaufsicht, Jugendhilfe, Kommunalverwaltung sowie von außerschulischen Kooperationspartnern und Eltern, die durch Ministerin Feller und Ministerin Paul berufen wurden.

Beschäftigteninteressen werden dort nicht vertreten. Keine Gewerkschaft wurde in diesen Rat berufen. Der Beirat soll sich an einem gelingenden Ganzttag aus der Sicht der Kinder orientieren. Schöne Idee, allerdings sollte man doch auch die Menschen mit einbeziehen, die jeden Tag acht Stunden mit den Kindern verbringen und gestalten. So etwas nennt man doch Partizipation! Aber die Hoffnung auf einen Dialog bleibt bestehen, denn es heißt:

„Der Expertinnen- und Expertenbeirat ersetzt dabei nicht die regelmäßigen Dia-

log- und Beteiligungsprozesse, die mit allen relevanten Interessengruppen und Partnern der Fachlandschaft im Kontext der Weiterentwicklung des Ganztags auf dem Weg zum Rechtsanspruch erforderlich sind. Beim Expertinnen- und Expertenbeirat handelt es sich somit um eine beratende Stimme neben anderen.“

D. h. wir als Gewerkschaft werden uns als Dialogpartner anbieten und unsere Beteiligung einfordern müssen.

Um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 zu erfüllen, müssen für mindestens zwei Drittel der Grundschul*innen Plätze vorhanden sein. Im Haushalt 2023 stehen 715 Millionen Euro und 392.500 Plätze in der OGS zur Verfügung. Damit sind Plätze für über die Hälfte aller Kinder im Grundschulalter bereits abgedeckt. Es fehlen also nicht mehr so viele Plätze, um den Rechtsanspruch zu erfüllen. Allerdings heißt ein Rechtsanspruch ja noch nicht automatisch einen gesicherten wohnortnahen OGS-Platz! Es gibt schließlich auch einen Anspruch auf Schulbildung

und trotzdem werden Schulplätze verlost und Kinder in der Grundschule abgewiesen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, es wird sich mit Einführung des Rechtsanspruchs in NRW weder für Eltern, noch für Kinder, noch für Beschäftigte viel ändern! Unsere Hoffnungen auf einen bildungspolitisch großen Wurf der Vernetzung von Schule und Ganzttag hat sich zerschlagen. Es bleibt zu hoffen, dass Regelungen wie Tariftreuebindung, verbindliche Kooperationszeiten, Vor- und Nachbereitungszeiten im Landesausführungsgesetz Berücksichtigung finden. Denn wenn sich hinsichtlich der Bezahlung und der Ausgestaltung der Stellen zu sicheren, zufriedenstellenden Arbeitsplätzen nichts ändert, wird sich 2026 kein Fachpersonal finden lassen, um diesen Rechtsanspruch umzusetzen.

Zudem zeichnet sich aktuell ab, dass Träger, die bisher Tariflohn bezahlt haben, langsam die Segel streichen! In Herfort zieht sich die Jugendhilfe Schweicheln an drei Standorten aus der Betreuung des Offenen Ganztags zurück. Als Grund gibt die Ein-

richtung die finanziellen Rahmenbedingungen an. Die Evangelische Jugendhilfe Schweicheln zahlt nach dem Bundesangestellten-Tarif in kirchlicher Fassung (BAT-KF), der sich am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) orientiert. Die steigenden Kosten für qualifizierte Mitarbeiter*innen waren nicht mehr gedeckt. Auch ein Kölner kommunaler Träger schrieb uns, dass mit dem neuen Tarifabschluss das Geschäft für Tariflohn zahlende Träger fast unmöglich zu stemmen sei.

An dieser Stelle sei an die Rede der DGB-Bundesvorsitzenden Yasmin Fahimi erinnert, die in Köln auf der Maikundgebung mahnte, die öffentliche Hand dürfe sich nicht aus der Tariftreuebindung schleichen. Hoffen wir, dass wir jetzt nicht auch noch Träger verlieren, um den Rechtsanspruch umzusetzen!



Willkommenstage für Kölner Schulen!

Letztes Jahr stellte die Fachgruppe Gesamtschulen auf der Personalversammlung den Antrag, dass Kölner Schulen einen zusätzlichen Projekttag bekommen sollen, den „Willkommenstag“. Dieser sollte vor allem dazu dienen, zugezogene und neue Schüler*innen, aber auch neue Kolleg*innen systematisch(er) zu integrieren. // **Eva Caspers, Sprecherteam der Kölner GEW-Fachgruppe Gesamtschule**

Um zu verdeutlichen, wie diese Willkommenstage aussehen könnten, aber auch, wie so sie so nötig sind, stelle ich hier ein paar Beispiele aus meiner eigenen Schule, der Heinrich-Böll-Gesamtschule (HBG) in Chorweiler, vor. Damit ist natürlich kein Anspruch auf Vollständigkeit verbunden; im Gegenteil sind Ergänzungen, Anregungen und Ideen ausdrücklich erwünscht.

Willkommenstage für Schüler*innen

Für Schüler*innen gibt es an unserer Schule noch keinen Willkommenstag. Aber wir haben sogenannte „Schüler*innensprechstage“, an denen zwei Mal im Jahr die Klassenleitungen Zeit haben, mit den Klassen außerunterrichtliche Dinge zu thematisieren. Dabei geht es dann natürlich oft um gruppenstärkende Elemente, Lernmethoden, aber vielleicht auch um Exkursionen und Spiele. In diesem Rahmen ist es durchaus denkbar, die Willkommenskultur gegenüber neuen Schüler*innen zu fördern, z.B. durch Kennenlernspiele und Projekte. Die Schüler*innensprechstage bieten auch Zeit, neuen Schüler*innen die Schule zu zeigen.

Darüber hinaus sind bei uns die Klassenleitungen doppelt besetzt, sodass hier die Möglichkeit für Einzelgespräche besteht.

Ein weiterer Projekttag, der sich insbesondere auf das Kennenlernen beziehen würde, wäre für gesamte Klassen aber auch bei uns sinnvoll, denn die Schüler*innensprechstage sollen auch Raum für Leistungsrückmeldungen und individuelle Förderung eröffnen. Aufgrund der hohen Heterogenität und Diversität in den Klassen wäre daher ein weiterer Tag mit Fokus auf das Miteinander sehr sinnvoll und zeitgemäß.

Willkommenstage für neue Kolleg*innen

Die Willkommenstage für die Beschäftigten sind in der Fachgruppe komplexer gedacht,

denn außer dem Willkommen-Heißen im Kollegium sollen hier Möglichkeiten zur Fortbildung gegeben werden. Insbesondere der Blick auf Deutsch als Fremdsprache soll vertieft werden.

An der HBG gibt es Einführungstage für neue Kolleg*innen. Dazu werden die neuen Lehrkräfte einen Vormittag ausgeplant, begeben die Schule, klären in einem ausführlichen Gespräch mit der Didaktischen Leitung und Ansprechpartner*innen aus dem Multiprofessionellen Team wichtige Grundlagen zur pädagogischen Geschlossenheit und lernen sich in kooperativen Spielen besser kennen. Abgesehen davon gibt es zu Beginn jedes Schuljahrs ein kleines Heft mit Raumplänen, Telefonnummern und Ansprechpartner*innen.

In den großen Gesamtschulsystemen sind diese Dinge strukturell unverzichtbar.

Ich bin selbst erst seit knapp zwei Jahren an der HBG und hatte großes Glück, dass ich mit drei anderen Kolleg*innen zusammen angefangen habe. Wir haben uns von Anfang an gut verstanden und konnten uns gegenseitig bei vielen Fragen helfen. Das ist ein Steigbügelhalter im neuen System.

Der Willkommenstag als Fortbildungstag

Der Willkommenstag soll aber auch dazu beitragen, dass wir Beschäftigten neuen Schüler*innen besser unter die Arme greifen können. Und dazu haben wir in der Fachgruppe besonders auf die Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) geschaut.

Einerseits sollen wir sowieso Deutsch in allen Fächern fördern. Andererseits kommen in den IVKs Schüler*innen mit unterschiedlichsten Lebenswegen zusammen, aus unterschiedlichen Altersgruppen und mit unterschiedlichen Bildungshintergründen.

Das macht die IVKs zu einem besonders geeigneten Ort, Willkommenskultur auf- und auszubauen.

Ziel der Fachgruppe wäre es, durch personelle Konsistenz und systematische Fortbildung in Deutsch als Fremdsprache, die IVKs zu einem Willkommenshort in den

Schulen zu machen. Hier sollen Kinder aufgefangen werden, ankommen können und von fachlich geschultem Personal angeleitet werden.

Viele Grundsteine dafür liegen oft schon in den Kollegien. Zum Beispiel gibt es viele Lehrkräfte, die eine „DemeK“- oder „QuisS“-Fortbildung gemacht haben. (DemeK = „Deutsch lernen in mehrsprachigen Klassen“; QuisS = „Qualität in sprachheterogenen Schulen“)

Bei uns gab es dazu in diesem Jahr eine schulinterne Lehrkräftefortbildung, bei der die so geschulten Kolleg*innen ihr Wissen in kleinen Workshops weitergaben. Es wurden in allen Workshops Ziele festgehalten, zum Beispiel sinnvolle Methoden für bestimmte Fächer festgelegt, und dann über die Fachschaften koordiniert ausprobiert und evaluiert.

Diese Workshops ließen sich auch an einem Nachmittag in zeitlich kleinerem Format durchführen.

So wäre der Vormittagsbereich des Willkommensstags dann also für die Schüler*innen reserviert und nachmittags könnten Lehrkräfte Fortbildungen zu Deutsch als Fremdsprache, aber auch Inklusion oder Diversity machen. Die letzten beiden Themen sind in unseren Systemen ebenfalls wichtig, um angemessen auf die vielen verschiedenen Kinder einzugehen.

All dies sind Dinge, die natürlich bereits geschehen. Aber bislang kommen sie auf unsere normale Arbeitsbelastung oben drauf und müssen nebenbei noch irgendwie gemacht werden.

Insofern wäre der Willkommenstag für alle im System Schule auch ein flexibles Mittel der Entlastung.

Update!

Nach anhaltender Diskussion herrscht nun Klarheit: Die Kölner Zentralbibliothek wird saniert

Die Kölner Zentralbibliothek am Neumarkt wird in den nächsten Jahren saniert und bleibt damit dort, wo sie ist. Das hatte der Stadtrat am 16. Mai beschlossen, nachdem sich zahlreiche Proteste – auch vom DGB und der GEW Köln – lautstark gegen den Abriss und für den zentralen Standort Neumarkt eingesetzt hatten. Bei der Sanierung des 1979 eröffneten Hauses wird nun die technische Gebäudeausstattung runderneuert und das Haus energetisch fit gemacht. Als Interimsquartier dient ein Geschäftsgebäude in der nicht weit entfernten Hohe Straße / Ecke Schildergasse. Nach aktuellem Stand soll die Generalsanierung zwischen Januar und März 2024 beginnen, zwischen Oktober und Dezember 2027 soll die Kultureinrichtung wieder an ihren ursprünglichen Ort zurückziehen und eröffnen. Ob die veranschlagten 140 Millionen Euro für die Sanierung ausreichen, bleibt abzuwarten.



PRESSEMITTEILUNG:

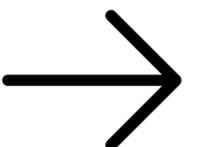
08.03.2023, Nr. 04/23

Kölner Zentralbibliothek: Innovatives Sanierungskonzept muss umgesetzt werden!

Der DGB Köln und die Bildungsgewerkschaft GEW nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, dass von Teilen der CDU das langfristig geplante Sanierungskonzept für die Kölner Zentralbibliothek in Frage gestellt wird.

Die Kölner Zentralbibliothek ist eine der innovativsten Stadtbibliotheken in Deutschland, die ihr Angebot während der Pandemie weit über die klassische Buchausleihe hinaus erweitert hat: Filme, Hörbücher, Zeitungen gehören zum modernen Angebot. Der Digitalisierungsgrad der Stadtbücherei ist sehr hoch. Mit 2,5 Millionen Nutzerinnen und Nutzern pro Jahr, von denen mehr als 50 Prozent unter 30 Jahre alt sind, nimmt sie unter allen Kultureinrichtungen in Köln eine besondere Stellung ein.

Für uns als Gewerkschaften ist dabei besonders wichtig, dass die Zentralbibliothek mit ihren geringen Kosten und den vielen niedrigschwelligen Zugängen (offline an einem zentralen Ort in Köln und online) gerade Kindern, die wenig familiären Zugang zu Büchern und Filmen haben, eigenständige Zugänge zu den unterschiedlichsten Bildungsinhalten eröffnet.



Update!

Fortsetzung der Pressemitteilung von
GEW Köln und DGB Köln zur Sanierung der Zentralbibliothek

Christina Krautwurst, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW Köln:

„Das inzwischen bekannte innovative Sanierungskonzept des holländischen Bibliotheksarchitekten Aart Vos - in der Zweigstelle Kalk bereits realisiert - entwickelt die Stärken der Kölner Zentralbibliothek weiter in Richtung eines kulturellen Aufenthalts- und Kulturzentrums - quasi als „dritter Ort“ jenseits der kommerzialisierten Räume unserer Gesellschaft.

Bibliotheken des 21. Jahrhunderts sind nicht mehr bloß Verwahrorte für Bücher, sondern zentrale Plätze, die allen Bevölkerungsschichten offenstehen müssen, wo jenseits von virtuellen Kontakten wieder die direkte Begegnung zwischen Menschen möglich ist.

Alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch insbesondere Kinder und Jugendliche, finden hier einen sicheren, Platz, an dem sie lesen, entspannen, sich treffen, unterhalten und einfach sich und ihren Geist entfalten können.

Aufgrund des Designs dieser Bibliotheken, das den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen durch die sehr ansprechende Gestaltung entgegenkommt und ihnen eine erwachsenenfreie „Heimat“ bietet, finden sie Räume zum selbständigen und gemeinsamen Lernen, Entdecken, Reifen und mehr.

Wer selbst als Kind oder Jugendlicher je in den Genuss gekommen ist, sich zeitlos einen ganzen Nachmittag oder mehr in einer bequemen, geschützten Ecke einer solchen modernen Bibliothek mit einem Buch seiner Wahl „zu verlieren“ oder anderen hier stattfindenden kulturellen Events wie Lesungen, etc. beigewohnt hat, wird immer die Liebe zum Buch und zur Kultur in sich tragen.

Dies ist mehr, als jede Leseförderung in der Schule bezwecken könnte. Gerade wir als Lehrer:innen wissen - auch aus der Zusammenarbeit mit der Zentralbibliothek und ihren Zweigstellen - dieses außerschulische Zusatzangebot im hohen Maße zu schätzen.“

Witich Roßmann, Vorsitzender des DGB Stadtverbandes:

„Die erneute Kontroverse um Sanierung, Abriss und Neubau lässt uns befürchten, dass es in Köln am Ende bei einem Provisorium in der Hohe Straße als Dauerzustand bleibt. Das wäre in unseren Augen ein Skandal: Die Prestigeobjekte der Stadt im Bereich der „Hochkultur“ werden über die größten finanziellen Klippen gehievt. Und bei einem anspruchsvollen Projekt, das Kultur und Bildung niedrigschwellig in die Breite unserer Gesellschaft trägt, soll das Geld für „Hochprojekte“ eingespart werden.“

Der DGB Köln und die GEW fordern deshalb alle Ratsmitglieder im Sinne ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die kulturelle Entwicklung gerade auch der jungen Kölner:innen auf, eine Entscheidung für das innovative Sanierungskonzept zu treffen.

V.i.S.d.P.: DGB-Stadtverband Köln, Witich Roßmann, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln

Kenne deine Rechte – bei der amtsärztlichen Untersuchung

Aus gegebenem Anlass weisen wir an dieser Stelle auf Probleme bei der amtsärztlichen Untersuchung hin. // **Eva Caspers, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Die amtsärztlichen Untersuchungen sind für viele nach dem Vorbereitungsdienst ein Termin, der ihnen Sorge bereitet. Tatsächlich ist es erfahrungsgemäß wichtig, dass ihr eure Rechte in der Untersuchung kennt. Um den Vorgang ein wenig zu entzaubern, wollen wir euch einige Informationen zur Transparenz an die Hand geben.

In der amtsärztlichen Untersuchung wird eure gesundheitliche Eignung festgestellt. Das Gesundheitszeugnis muss bei der Übernahme ins Beamt*innenverhältnis auf Probe vorliegen. Die Einstellungsuntersuchung nimmt das Gesundheitsamt vor. Es wird geprüft, ob euer Gesundheitszustand den Anforderungen genügt. Dabei geben Ärzt*innen lediglich eine Entscheidungshilfe für die zuständige Bezirksregierung. Was genau unter gesundheitlicher Eignung zu verstehen ist, ist nur vage definiert, sodass Bezirksregierungen und Amtsärzt*innen immer ein Interpretationsspielraum bleibt.

FAKT:

Amtsärzt*innen dürfen nach früheren Erkrankungen fragen, wenn diese die Ausübung des Berufs beeinträchtigen könnten. Dabei solltet ihr wahrheitsgemäß antworten.

- Die Untersuchung muss von einer gleichgeschlechtlichen Person durchgeführt werden und beinhaltet zusätzlich zur körperlichen Untersuchung vorwiegend auch Fragen zur Gesundheit.
- Aktuelle, sowie abgeschlossene psychotherapeutische Behand-



lungen werden im Einzelfall betrachtet und sind nicht per se Ausschlusskriterium für die Verbeamtung. Allerdings ist immer der konkrete Einzelfall zu berücksichtigen – eine pauschale Aussage lässt sich nicht treffen.

- Ein abweichender BMI wird ebenfalls in Verbindung zu möglichen anderen Vorerkrankungen betrachtet und es gilt wie bei der Psychotherapie die Einzelfallprüfung.
- Schwerbehinderte Lehrkräfte und ihnen Gleichgestellte müssen nur das Mindestmaß an körperlicher Eignung für die jeweilige Laufbahn erfüllen. Sie können deshalb auch dann als Beamt*innen eingestellt werden, wenn eine vorzeitige Dienstunfähigkeit möglich ist.
- Menschen mit chronischen Erkrankungen sollten frühzeitig Kontakt mit den Schwerbehindertenvertretungen aufnehmen, ob bei ihnen der Antrag auf Anerkennung einer Behinderung mit einer anschließenden Gleichstellung durch die Agentur für Arbeit, aussichtsreich ist.
- Wenn eure Übernahme in das Beamt*innenverhältnis abgelehnt wird, müssen handfeste Gründe vorliegen. Die Beweislast liegt dabei inzwischen beim Dienstherrn: Er muss belegen, dass die (Vor-)Erkrankung mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zu einer vorzeitigen Pensionierung führt.

Im Falle einer Ablehnung der Übernahme in das Beamt*innenverhältnis könnt ihr euch an die Kolleg*innen des GEW Rechtsschutzes wenden. Ungachtet eurer Gewerkschaftszugehörigkeit sind die Personalräte eurer Schulform ebenfalls Ansprechpartner*innen.

Steuertipps für Lehrkräfte

Werbungskosten und Sonderausgaben richtig absetzen

Eine Steuererklärung abzugeben, lohnt sich für Lehrkräfte besonders. Denn viele ihrer berufsbedingten Ausgaben lassen sich beim Finanzamt geltend machen. Die Anschaffung von Unterrichtsmaterial, lange Fahrten zur Schule, Klassenausflüge, ein eigenes Arbeitszimmer und viele weitere berufsbedingte Aufwendungen stellen Kosten dar, die beim Finanzamt geltend gemacht werden können.

Fahrtkosten zum Unterrichtsort

Für Fahrten zur Schule gewährt das Finanzamt eine Entfernungspauschale von 0,30 Euro pro Kilometer (einfache Entfernung). Seit dem Steuerjahr 2021 steigt diese Pauschale ab dem 21. Entfernungskilometer um 0,05 Euro auf 0,35 Euro, ab 2022 sogar 0,38 Euro pro Kilometer. Dabei ist es egal, mit welchem Verkehrsmittel Sie zur Arbeit fahren. Liegt Ihr zu versteuerndes Einkommen unterhalb des Grundfreibetrages, können Sie möglicherweise eine Mobilitätsprämie beantragen. Für die Entfernungspauschale ist grundsätzlich die kürzeste Straßenverbindung zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte maßgeblich. Alternativ können Sie die verkehrsgünstigere Straßenverbindung ansetzen, wenn Sie diese regelmäßig für Fahrten zur Schule nutzen.

Doppelte Haushaltsführung

Sie müssen aus beruflichen Gründen eine Zweitwohnung unterhalten, weil sich Ihre Schule weit entfernt von Ihrem Wohnort befindet? Aufwendungen, die im Rahmen einer sogenannten doppelten Haushaltsführung entstehen, können Sie als Werbungskosten in Ihrer Steuererklärung absetzen. Dazu gehören u. a. die Kosten der Zweitwohnung bzw. Unterkunft am Beschäftigungsort bis zu einem Betrag von 1.000 Euro monatlich, Verpflegungsmehraufwendungen für die ersten drei Monate sowie Fahrtkosten für eine wöchentliche Familienheimfahrt. Auch Umzugskosten, die anlässlich der Begründung oder Beendigung der doppelten Haushaltsführung entstehen gehören dazu.

Auswärtstätigkeit: Klassenfahrten, Ausflüge & Co.

Klassenfahrten, Ausflüge, Praktikumsbesuche & Co. gelten als Dienstreise und sind daher steuerlich absetzbar. Sie werden für einen Zeitraum von maximal 48 Monaten an eine andere Schule versetzt? Dann können Sie ebenfalls einige Punkte steuerlich geltend machen:

Fahrtkosten mit 0,30 Euro pro gefahrenem Kilometer bei Nutzung eines PKW und 0,20 Euro bei Fahrten mit einem anderen motorbetriebenen Fahrzeug. Beifahrer ohne Kostenbeteiligung können keine Beträge geltend machen. Nutzen Sie ein öffentliches Verkehrsmittel, sind ausschließlich die tatsächlichen Kosten abzugsfähig.

Auch Kosten für Übernachtungen, für Verpflegung (in den ersten drei Monaten) oder für notwendige Einrichtungsgegenstände können geltend gemacht werden.

Fortbildungen und Seminare

Wenn Sie an Fortbildungen oder Seminaren teilnehmen, die mit Ihrer Lehrtätigkeit zusammenhängen, können Sie die Kursgebühr sowie Reise- und Übernachtungskosten komplett absetzen. Voraussetzung dafür ist, dass Sie die Kosten selber getragen haben. Bei den Fahrtkosten dürfen Sie jeden tatsächlich gefahrenen Kilometer absetzen. Achtung: Kostenerstattungen des Arbeitgebers sind dem Finanzamt mit-

teilen. Von den Werbungskosten werden in der Regel die erstatteten Beträge abgezogen.

Häusliches Arbeitszimmer
Sie haben keine Möglichkeit, Korrekturen von Klassenarbeiten sowie Unterrichtsvor- und -nachbereitungen an einem Schreibtisch in der Schule zu erledigen? Nutzen Sie dafür ein häusliches Arbeitszimmer, können Sie Aufwendungen wie beispielsweise Gebäudeabschreibungen oder Miete, Schuldzinsen oder Wasser- und Energiekosten anteilig bis zu 1.250 Euro pro Kalenderjahr absetzen.

Gut zu wissen: Auch in Zeiten der Nichtbeschäftigung, zum Beispiel wegen Mutterschutz oder Elternzeit, können Sie die Kosten des häuslichen Arbeitszimmers steuermindernd berücksichtigen. Der Fiskus behandelt die Kosten als sogenannte vorweggenommene Werbungskosten, sofern Ihnen der Abzug auch unter den zu erwartenden Umständen der späteren beruflichen Tätigkeit zustehen würde.

Rund ums Digitale

Notebooks, Tablets, Drucker und Co. gehören mittlerweile zur normalen Ausstattung eines Lehrers. Die Kosten der Anschaffung können Sie ebenfalls als Werbungskosten in Ihrer Einkommensteuererklärung berücksichtigen. Seit dem 01.01.2021 dürfen Sie Computerhardware und -software im Anschaffungsjahr vollständig absetzen oder alternativ über drei Jahre abschreiben.

Neben den Kosten für die Anschaffung digitaler Arbeitsmittel können Sie auch Aufwendungen für Telefon und Internet berücksichtigen. Ist keine direkte berufliche Zuordnung möglich, dürfen Sie die anteiligen Kosten schätzen. Das gilt auch, wenn Sie die angeschafften Geräte nicht ausschließlich für berufliche Zwecke nutzen.

Auch Materialien für den Unterricht oder für die Unterrichtsgestaltung, wie beispielsweise Arbeitsblätter, Schulbücher, Folien etc. dürfen Sie von Ihren Einnahmen abziehen. Mitgliedsbeiträge für Gewerkschaften, Berufsverbände sowie Steuerberatungsgeschäften stellen ebenfalls Werbungskosten dar.

Noch mehr Steuertipps für Lehrkräfte unter: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/werbungskosten-und-sonderausgaben-richtig-absetzen>

Tipp:

Es ist Ihnen zu aufwendig, all diese Punkte in Ihrer Steuererklärung zu berücksichtigen? Der Steuerring – Kooperationspartner der GEW – hilft. Die nächstgelegene Beratungsstelle finden Sie unter www.steuerring.de. Aus gesetzlichen Gründen darf der Steuerring ausschließlich im Rahmen einer Mitgliedschaft (§4 Nr. 11 StBerG) beraten. GEW-Mitglieder sparen die Aufnahmegebühr.

Warum ich den Lehrerjob an den Nagel gehängt habe ...

Alle Welt spricht vom Personalnotstand auch im Bildungsbereich: Schulen und Kitas mangelt es so sehr an pädagogischem Personal, dass Gruppen mehr als überfüllt sind, Kinder und Jugendliche immer weitere Wege auf sich nehmen müssen und man am Ende niemandem mehr gerecht werden kann. Mit einem ehemaligen Kollegen sprach darüber // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

forum: Lieber O., der Lehrkräftemangel ist eklatant. Von Seiten der GEW gibt es schon seit langem ein „15-Punkte-Programm“, um diesem entgegenzuwirken. Für den 12. Juni hat die Friedrich-Ebert-Stiftung sogar eine Veranstaltung mit dem Titel „Mit Innovationen aus der Krise - Vorschläge zum lösungsorientierten Umgang mit dem Lehrkräftemangel“ organisiert. Mit dir sind uns, der „forum“-Redaktion, schon vier Kolleg*innen aus dem Kölner Raum bekannt, die in den letzten Jahren das Lehrerdasein aufgegeben haben. Magst du uns schildern, was dich zur Kündigung bewogen hat? Woran liegt es, dass die Arbeit als Lehrkraft so unattraktiv zu sein scheint?

ON: Kündigen als Beamt*er? Das geht gar nicht. Man kann höchstens um die Entlas-

sung aus dem Dienst bitten. Aber zur Sache: Die Arbeit selbst ist prima. Natürlich sind Lernende nun mal Lernende und haben in jeder Altersgruppe ihre spezifischen Probleme. Aber dafür sind wir Lehrende eben auch da: Um die Verbindung zu jungen Menschen aufzubauen und ihnen eine Perspektive zu geben.

Doch das wird immer schwieriger. Weniger Zeit für Soziales, viel mehr Druck von allen Seiten (insbesondere von Einrichtungsleitungen aber auch von Eltern und Lernenden selbst). Dies muss, das muss und das auch noch. Aber Menschen bewegen? - Dafür ist keine Zeit mehr, und Ziel scheinen auch eher gute Noten und das Erreichen von Abschlüssen zu sein als das Entwickeln selbstständiger junger Persönlichkeiten. Zugegeben ist in der heutigen wirtschaftlichen

„Die Arbeit selbst ist prima.“

Situation die Note wichtig, doch wir Lehrenden wollen doch eigentlich viel mehr.

Was macht das Dasein als lehrender Mensch darüber hinaus noch unattraktiv? Es ist die Vetternwirtschaft, durch die Personen schon Jahre im Voraus gepampert werden, damit diese dann - wenn es soweit ist - auch die nächste Beförderungsstelle bekommen können. Fachliche Kenntnisse? Bestenauslese? - Darf ich mal lachen? Für mich ist dieser Habitus völlig unverständlich und gesellschaftsschädigend. Wir brauchen die Besten in allen Bereichen, doch mit solch seltsamen Vorschlägen von der KMK wird das auch hier nichts werden.

Damit wäre auch noch keine gerechte Entlohnung gewährleistet. Die Unmöglichkeit, Gehaltsverhandlungen zu führen, kann nicht dafür sorgen, dass tatsächlich Qualität in Schulen kommt. Einmal da, einmal verbeamtet - wie viele Lehrende stellen dann den vorherigen Aktionismus ein? Denn es kann ja nichts mehr passieren... Leider nehme ich wahr, dass dies nicht unbedingt aus intrinsischer Nicht-Motivation von Lehrenden geschieht, sondern eine Resignation auf Grund der Situation ist. Weil man sich ohnmächtig fühlt, etwas an der Situation zu verändern, stumpfen Lehrende ab. Warum noch etwas tun, wenn's nichts bringt?

Der Versuch, als lehrende Person das System zu verändern, ist hoffnungsloser als der Kampf von David gegen Goliath.

Dieser Kampf gegen den Mangel an allen Ecken und Enden, materiell (wegen defekter Toiletten oder keiner bzw. veralteter Ausstattung, der Selbstverständlichkeit, eigene Mittel für Unterricht und Vorbereitung nutzen zu sollen) wie immateriell (antiquierte Ansichten von Schule und Lernen bei Lernenden, Eltern und Vorgesetzten) ist zermürend.

Wer es schafft, sich - hier zitiere ich eine Aussage des Personalrats - ein „dickes Fell zuzulegen“: prima! Aber ist das nicht schon eine Abkehr von dem, was Lehrende eigentlich wollen? Davon, gute Arbeit leisten und jungen Menschen eine (wirkliche) Zukunft ermöglichen zu wollen? Das dicke Fell sollte dann auch lange reichen - in meinem Fall wären das aber noch 17 Jahre gewesen. Und hier stellt sich die Frage, ob man so viel kostbare Lebenszeit in einem Unternehmen (ich wähle bewusst dieses Wort) und bei einem

Arbeitgeber verbringen will, der einen mit Füßen tritt und in dem es keine Entwicklungsmöglichkeiten gibt?

Das ist schon der nächste Punkt, der das Dasein als lehrende Person, zumindest an Schulen, aus meiner Perspektive uninteressant macht. Entwicklung bedeutet Lernen. Nach meiner Erfahrung ist das Lernen im System Schule aber nicht für Lehrende vorgesehen. Fortbildung? - Naja, vielleicht, am besten dann, wenn es der Schule nutzt. Natürlich darf man danach als Multiplikator*in dienen (würde man doch sowieso und auch gerne tun - aber mit dem Anspruch der Schulleitung?). Fortbildung soll natürlich außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden und die Anreise ist auch selbst zu bezahlen. Und: „Ach ja, lieber Kollege, bitte vergessen Sie nicht, Aufgaben für die Lernenden zur Verfügung zu für die Stunden, in denen Sie nicht da sind“. Für mich auch ein großes Ärgernis: Es ist kein Geld da für Fortbildung! Ja, KEIN Geld. Wir sind im Bildungsbereich tätig, man könnte wohl sagen, wir repräsentieren den Bildungsbereich - aber fortbilden sollen wir uns am besten selbst.

forum: Dann lass' uns konkret werden: Wie reagierte dein Umfeld? Was sagten deine Familie und dein Freundeskreis?

ON: Zunächst haben meine Frau und ich uns ausgetauscht. Es war natürlich auch keine schnelle Entscheidung, sondern eine, die sich über Jahre angebahnt hat. Vorher, d.h. vor meiner Bitte um Entlassung aus dem Dienst, hatte ich auch noch andere Perspektiven eingeholt (auch von zwei Ärzten). Eigentlich waren alle sich einig, dass es nur

„Das System und ich haben sich auseinandergelebt, um es ganz kurz zu beschreiben.“

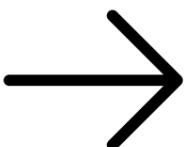


besser werden kann. Die Ärzte hatten mir Herzinfarkt, Magenprobleme und Schlimmeres in den nächsten fünf Jahren prophezeit.

Keine*r aus meinem Umfeld hat offen Kritik geäußert. Aber es zeigt sich immer wieder, dass das Beamtentum als heiliger Gral angesehen wird (von denen, die nicht verbeamtet sind), was zu sehr interessanten Aussagen führt. So scheinen beide Welten (Beamt*innen - Nicht-Beamt*innen) ganz unterschiedliche Sichten auf die (Arbeits-)Welt zu haben, die sich kaum vereinen lassen.

Die Familie hat Verständnis vom ersten Tag an gezeigt, war sie doch auch die Instanz, die über den Zeitraum des Entscheidungsprozesses immer noch den besten Einblick hatte. Selbstverständlich sind alle meine Berichte und Erzählungen subjektiv gefärbt, dennoch sagte gerade meine Familie, dass es nach sieben Jahren eine gute Entscheidung war. In meiner Familie gibt es übrigens Beamt*innen und solche, die nicht verbeamtet sind. Die Nicht-Beamt*innen konnten sich nicht so recht erklären, warum meine Entscheidung überhaupt so lange gedauert hat.

Vor einer solchen Entscheidung stellen sich unendlich viele Fragen: Ist es nicht das, was man eigentlich „immer schon“ wollte? Beginnt man vielleicht, an eigenen Fähigkeiten zu zweifeln? Ist man selbst das „Problem“? Kann man keine andere Lösung finden? Dauerhaft krank sein? Wie steht es um die finanzielle Zukunft? Alles Dinge, die vorher im Kopf auftauchen.



Das Symbolfoto zeigt nicht den Interviewten

„Dieser Kampf gegen den Mangel an allen Ecken und Enden ist zermürbend.“

forum: Du selbst warst Lehrer an einem Berufskolleg, hattest am Schluss sogar eine A14-Stelle. Sind deine Kündigungsgründe eher allgemeiner oder spezieller Natur gewesen?

ON: Hat nicht jede*r, die/der auch nur im Entferntesten über einen solchen Schritt nachdenkt, ganz individuelle Gründe?

Ich hatte sieben Jahre lang Ärger mit den Schulleitern. Mein erster, der mich damals auch einstellte, war kein Problem. Aber dann folgten Nr. 2 und 3.

Wie soll man es bewerten, wenn Schulleiter 2 (mit Dokortitel) sagt, er fühle sich persönlich von mir angegriffen, ich aber der Ansicht bin, ich hätte ihm nur mein pädagogisches Verständnis und meine Ansicht von „Was ist Lernen?“ dargelegt (was offensichtlich nicht seinem entsprach). Schulleiter 3 hat sich dann in alles eingemischt. In meinen Unterricht, meine DV-Teamleitung (und Entscheidungen) aber eigentlich keine Ahnung gehabt, weder von DV noch von dem, was im Unterricht geschieht, und dass gerade die Lernenden, die sich über mich beschwerten, sonst das komplette Schuljahr über wirklich nur körperlich anwesend waren ... Dann wollte man auch noch meine Nebentätigkeit nicht mehr erlauben. Die beschriebenen Schikanen zogen sich über eine sehr lange Zeit. Ich habe damals auch von Mobbing durch Vorgesetzte gesprochen. Das einzige, was ihnen dazu einfiel, war, dass das nicht stimmen würde und man – wenn überhaupt – von „Bossing“ sprechen müsse.

Dann hat's einfach gereicht. Bei mir hat sich die Einsicht eingestellt, dass das System nicht(s) mehr für mich ist. Das System und ich haben sich auseinandergeliebt, um es ganz kurz zu beschreiben.

„Ärzte hatten mir Herzinfarkt, Magenprobleme und Schlimmeres prophezeit.“

forum: Nun haben die Sachverständigen der Kultusministerkonferenz Vorschläge gemacht, wie die Unterrichtsversorgung aufrechterhalten werden kann. In NRW soll laut dem Handlungskonzept „Unterrichtsversorgung“ von Ministerin Feller Teilzeitbeschäftigung eingeschränkt werden, es soll verstärkt vom Mittel der Abordnungen Gebrauch gemacht werden usw. Die Zumutbarkeitsgrenze von 35 km Wegstrecke vom Wohnort zum Arbeitsplatz Schule ist bereits auf 50 km angehoben worden. Was fällt dir dazu ein?

ON: Dazu fällt mir absolut nichts ... Positives ein. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Lehrenden. Eine Unverschämtheit, die sich m.E. nur mit dem im Hintergrund stehenden Bild von den Lehrenden erklären lässt: „Die“ können nicht weglafen, „die“ sollen froh sein, für „uns“ (den Staat) arbeiten zu können, diesem dienen zu dürfen. Mir fällt dazu ein: Lehrende, lasst euch das nicht bieten! Ihr habt alle studiert (vielleicht mit wenigen Ausnahmen). Ihr könnt mehr als Schule! Besinnt euch darauf. Ihr werdet nicht jünger und gesünder.

Fragt Euch, ob es das wert ist: Krankheit, Schlaflosigkeit, die Person zu sein, die sich ausquetschen lässt. Ihr könnt etwas und ihr könnt stolz darauf sein! Der Arbeitgeber (der Staat)macht es schon sehr geschickt, Lehrenden quasi einzureden, sie könnten doch gar nicht anders, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Fehlende Fortbildung, kein Geld? Hier wird den Lehrenden suggeriert, sie seien doch nichts wert und ... könnten nichts – und müssen daher natürlich froh sein, dem Staat dienen zu dürfen. – Quatsch! Ein ehemaliger Kollege sagte mir, er könne nicht gehen, er habe geschworen, dem Staat zu dienen. Mag sein, aber auch er ist kein Gefangener, der das zu tun hat, was ihm gesagt wird: „essen, schlafen, Pfötchen geben“, selbst wenn es als Dienstanweisung getarnt ist.

Liebe Lehrende, wenn ihr das genauso seht wie mein ehemaliger Kollege, dann fragt euch bitte, ob eine Arbeit außerhalb von Schule dem Staat nicht viel mehr dienen kann. Der Staat, das sind wir, das Volk und vor allem das zukünftige, die Kinder. Wenn man diesen einen guten Dienst erweisen will, scheint es mir andere Möglichkeiten zu geben als in kaputten Schulen zu arbeiten.

Die Pläne der Regierung sind so unmöglich, dass ich mich frage, ob diejenigen, die solche Dinge beschließen, wirklich glauben, sie würden im Geringsten helfen, einen tatsächlichen Mangel an Lehrenden zu beseitigen.

Ebenso unglaublich finde ich es, dass sich niemand aus dem „Unternehmen Staat“ gemeldet hat, um einen langjährigen Mitarbeiter zu fragen, warum er dieses Unternehmen verlassen will. Klar, vom Schulleiter wurde ich gefragt, da eine Bitte um Entlassung über den Dienstweg gehen muss. Aber was soll man jemandem sagen, der einem noch ein Arbeitszeugnis ausstellen soll? Die Tatsache, dass sich niemand gemeldet hat, empfinde ich ebenfalls als klares Zeichen der Vorgesetzten. Ich kenne den Spruch, dass es zehn Mal mehr kostet, eine*n Neukund*in zu gewinnen als eine*n vorhandene*n zu

„Wer nicht verbeamtet ist, betrachtet das Beamtentum als heiligen Gral (was zu sehr interessanten Aussagen führt). Gleichzeitig konnten sich die Nicht-Beamt*innen in meinem Umfeld nicht so recht erklären, warum meine Entscheidung überhaupt so lange gedauert hat.“

„Ich kenne den Spruch, dass es zehn Mal mehr kostet, eine*n Neukund*in zu gewinnen als eine*n vorhandene*n zu halten. Vielleicht wäre das etwas, woran an gewissen Stellen gedacht werden sollte.“

halten. Vielleicht wäre das etwas, woran an gewissen Stellen gedacht werden sollte; auch wenn es hier nicht um Kund*innen sondern um Mitarbeitende geht.

forum: Im Herbst steht nun die Tarifrunde für die Landesbeschäftigten, also auch für die Lehrkräfte, an. Gerade an deiner alten Schulform, dem BK, ist der Anteil angestellter Lehrer*innen vergleichsweise hoch. Welchen Zusammenhang siehst du zwischen dem TV-L und der Frage, wie es um die Attraktivität des Lehrerberufs bestellt ist?

ON: TV-L und Attraktivität haben m.E. wenig miteinander zu tun. Aber aus meiner jetzigen Perspektive würde ich jede*m empfehlen, sich NICHT verbeamten zu lassen. Vieles ist dann einfacher, gerade auch dann, wenn man die Schule wechseln will oder zwischenzeitlich mal etwas anderes tun möchte. Bei Beamt*innen geht das gar nicht. Sie sind wie Gefangene, denen gesagt wird, wann sie was zu tun und zu lassen haben (das meine ich tatsächlich so).

Als Angestellte*r würde man ganz normal kündigen und später, wenn man doch zurück will, wieder anfangen. Das Wieder-Anfangen geht als Beamt*in zwar auch (dann höchstwahrscheinlich nur noch im Angestelltenverhältnis), aber beim Ausscheiden wird man in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Hierdurch verliert man deutlich Rentenansprüche (bezogen auf die Pension). Auch das Wechseln an eine andere

Schule kann Beamt*innen bis zu fünf Jahre untersagt werden. Wohin man dann kommt, kann man sich auch nicht unbedingt aussuchen. Was mögliche Nebenjobs angeht, habe ich oben bereits angedeutet. Wenn deine Schulleitung das nicht will, ist es unmöglich. Und was das Thema Teilzeit betrifft, greift dann plötzlich das „Argument Lehrer*mangel“ ... Ohne begründeten Rechtsanspruch (Kinder, zu pflegende Angehörige) wird das in den nächsten Jahren auch nicht mehr so leicht (wenn überhaupt noch) möglich sein.

forum: Was würdest du jemandem entgegen, der behauptet: „Den Job als Lehrkraft kündigen? – Das ist angesichts von Unkündbarkeit und all der Privilegien doch verrückt!“?

ON: Privilegien sind auch Bürde: Gerade verbeamtete Lehrende (aber in gewissem Maß auch die Angestellten) sind dem System ausgeliefert und können nichts bewegen. Im Gegenteil: Du sollst das machen, was dir gesagt wird.

Unkündbarkeit? – Warum soll das nur gut sein? Wir sehen doch gerade, wohin das führt: Desinteresse (einmal in einer Position angekommen, muss nichts mehr getan werden), hoher Krankenstand (diejenigen, die machen wollen, aber nicht mehr können), innere Kündigung, Frustration, Burnout etc. Ich bin mir sicher, dass viele Lesende sich in diese Dinge einfühlen können. Heute stellt sich mir die Frage, warum wir uns das bieten lassen. Wo ist der Mensch in uns, der Überlebenswille, die Kraft, das eigene Leben in die eigenen Hände zu nehmen? Das hat jede Lehrperson doch schonmal geschafft: Worauf wird aber jetzt gewartet? Die „Angst“ Lehrender um die Pension, wenn man ausscheidet, ist einerseits berechtigt. Andererseits hat niemand etwas von einer noch so hohen Pension, wenn vorher Krankheit oder gar der Tod zuschlagen. Daher sehe ich die-



se vermeintlichen Privilegien nicht (mehr) als solche, sondern sie zeigen hingegen den (plumpen) Versuch des Staates, überhaupt noch Personal zu finden, das bereit ist, sich dann – verbeamtet – allem zu unterwerfen. Diejenigen, die die Privilegien ansprechen, sind oft genug auch diejenigen, die nie in einer der beschriebenen Situationen waren, sondern – und das ist gut so – den Arbeitgeber ganz einfach und schnell wechseln können, wenn die Gehaltserhöhung nicht kommt oder zu niedrig ausfällt, keine Unterstützung von Vorgesetzten vorhanden ist etc. oder sie wollen einfach mal etwas anderes sehen und sich weiterentwickeln.

forum: Und wie verdienst du jetzt das Geld für Miete und Lebensunterhalt? Wie fällt der Vergleich aus zwischen dem jetzigen Job und dem Leben als Berufsschullehrer in NRW?

ON: Ich arbeite selbstständig im IT-Bereich. Hier hatte ich seit jeher Interesse und auch lange eine Nebentätigkeit hierfür beim damaligen Dienstherrn angemeldet. Meine Frau hat ein sicheres Einkommen, so dass wir finanziell keine Schwierigkeiten sehen. Manchmal vielleicht – ohne Aufträge ist es eben nicht schön, aber dann gibt es auch Chancen, wirklich nach Leistung bezahlt zu werden.

Jetzt ist das Leben viel lebenswerter. Diesen Begriff nutze ich selten, doch er ist so zutreffend wie wohl kaum ein anderer. Mir geht es gesundheitlich viel besser (was auch mein Umfeld bemerkt und spiegelt) und, man kann es kaum glauben, die Arbeit bereitet wieder richtig Freude: Keine Gängelei, im Gegenteil, mit Achtung treten Kund*innen und ich uns gegenüber, und es gibt immaterielle Wertschätzung für das Geleistete. Das, was ich hier mache, damit diene ich unserem Staat genauso, nur anders.

Jetzt Petition gegen Lehrkräftemangel unterzeichnen!

Es wird höchste Zeit für eine gemeinsame Strategie aller Bundesländer gegen die Personalnot an Schulen. Die GEW hat dazu eine Petition gestartet. // **GEW-Hauptvorstand**

Nach ihrem 15-Punkte-Programm gegen den Lehrkräftemangel startet die GEW eine Petition an die Kultusministerkonferenz mit fünf Forderungen: Diese reichen von mehr Gesundheitsschutz über eine bessere Bezahlung bis zu mehr Studienkapazitäten.

Der Fachkräftemangel trifft die Schulen hart: Rund 80.000 Lehrkräfte könnten in Deutschland schon bald fehlen. Schon jetzt sind Tausende Stellen nicht besetzt. 80 Prozent der Schulleitungen geben an, sie könnten ihre Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend beim Lernen unterstützen. Ein Drittel der Kinder und Jugendlichen zeigt Lernrückstände. In einer Umfrage gaben zudem 80 Prozent aller Lehrkräfte, an deren Schule Personal fehlt, an, psychisch und körperlich unter der Belastung zu leiden – von Schlafstörungen über Zukunftsängste bis zum Burn-out.

Weil der Handlungsbedarf enorm groß ist, hat die GEW nach der Veröffentlichung ihres 15-Punkte-Programms gegen den Lehrkräftemangel nun auch eine Petition an die Kultusministerkonferenz (KMK) gestartet, in der sie in fünf Forderungen aufzeigt, was am dringlichsten getan werden müsse:

1. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen wie eine Senkung der Arbeitszeit, kleinere Klassen, mehr Ausgleichsstunden, einen besseren Gesundheitsschutz und Unterstützungssysteme wie Team-Coaching und Supervision.
2. Lehrkräfte müssen durch mehr multiprofessionelle Teams und die Einstellung von Verwaltungs- und IT-Fachleuten von fachfremden Aufgaben entlastet werden.
3. Lehrkräfte an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I müssen so bezahlt werden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulformen.
4. Es müssen mehr Studien- und Referendariatsplätze geschaffen und die angehenden Lehrkräfte besser betreut werden, damit sie ihre Ausbildung erfolgreich beenden können.
5. Auch die Arbeitsbedingungen der Quer- und Seiteneinsteigenden müssen verbessert werden: Sie benötigen Zeit und Qualifizierungsangebote, um sich fehlende, vor allem pädagogische Ausbildungsinhalte anzueignen.

Gemeinsame Strategie gefordert

„Die Politik darf nicht den Fehler machen, den dramatischen Lehrkräftemangel auf dem Rücken der Lehrkräfte und letztlich der Kinder, Jugendlichen und auch der Eltern auszutragen“, betont die GEW-Vorsitzende Maike Finnen. Daher fordert die Bildungsgewerkschaft von der KMK eine gemeinsame Strategie der Bundesländer, die die Arbeit der Lehrkräfte wertschätzt und den Fachkräftemangel nachhaltig stoppt. „Wir sind gerne dazu bereit, unsere Vorschläge mit der KMK zu diskutieren und miteinander Lösungen gegen den dramatischen Lehrkräftemangel zu finden.“



<https://weact.campact.de/petitions/wir-brauchen-lehrer-innen-personalnot-jetzt-bekampfen>

Warum werden Klimaaktivist*innen mit massiven Strafen überzogen?

Während die Demonstration von Lützerath, an der sich im Januar dieses Jahres über 30.000 Menschen beteiligten, starkes mediales Interesse auf sich zog, findet die nun einsetzende Repressionswelle kaum größere Beachtung. // **Martin Rapp, ver.di-Mitglied und ehem. Referent beim DGB-/VHS-Bildungsträger „Arbeit und Leben NRW“**

Parallel zur Weltklimakonferenz COP haben Klimaaktivist*innen im November 2021 unter dem Hashtag #BlockNeurath die Belieferung des größten deutschen Kohlekraftwerks in Neurath im Rheinland blockiert. Durch diese Aktion wurden zwischen 5.000 und 20.000 Tonnen CO2 eingespart. Das ist mehr als wir im ganzen Leben durch persönliche Konsumentscheidungen sparen könnten. Im April nun verurteilte das Amtsgericht in Grevenbroich eine Person zu einer 9-monatigen Haftstrafe ohne Bewährung. Weitere Strafverfahren stehen noch aus. Konkret geht es um eine Anket-Aktion, in welcher das Gericht eine Störung öffentlicher Betriebe sieht. Für die Bewertung der Aktion durch die Richterin spielte die Klimakrise „keine Rolle“. Zum Vergleich: Am selben Tag wurde ein SUV-Fahrer, der betrunken ein Kind getötet hatte, zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt.

Mit dem Urteil soll offenbar ein Exempel gegen Klimagerechtigkeitsaktivist*innen statuiert werden. Nach der Räumung des Danenröder Forsts (Hessen) musste die Mitstreiterin Ella bereits über ein Jahr ins Gefängnis. Vorgeworfen wurde ihr ein Fußtritt gegen einen Polizisten, der jedoch auf keinem der zahlreichen als Beweismittel vorgebrachten Videos zu erkennen war. Gegen Aktivist*innen der „Letzten Generation“ ergingen in den letzten Wochen ebenfalls Urteile über Haftstrafen ohne Bewährung wegen Straßenblockaden oder des Anklebens an Gemälde. In München wurden einige von ihnen 30 Tage lang eingesperrt, präventiv, um zu verhindern, dass sie Straßen blockieren.

Präventiv-Haft als neues Mittel

Die Hintergründe dieser Urteile sind vielschichtig. Da ist die tendenzielle Entwicklung vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat, die in den letzten Jahrzehnten vollzogen wurde, verbunden mit der Verschärfung von Strafgesetzen, Polizei- und Versammlungsgesetzen. Nur wegen der Verschärfung der Polizeigesetze ist es überhaupt möglich, Menschen in Bayern einen Mo-

nat lang ohne jeden Vorwurf einer Straftat präventiv einzusperrern. Die Besserstellung von Polizist*innen gegenüber anderen Menschen durch die Verschärfung der Strafen für tätliche Angriffe und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte*innen führt dazu, dass bei diesen Vorwürfen oft gleich über Haftstrafen verhandelt wird. Das ist insbesondere deshalb problematisch, weil sich Polizist*innen solche Vorwürfe ausdenken können, um ihre eigene Gewaltanwendung zu rechtfertigen - und häufig wird ihnen vor Gericht mehr geglaubt als Personen, die keine Polizist*innen sind.

Das neue Versammlungsgesetz in NRW erlaubt es der Polizei, die Teilnahme an Demonstrationen beispielsweise durch Aufenthaltverbote zu verbieten, indem das Polizeirecht über das Versammlungsrecht gestellt wird (was vorher umgekehrt war). Kl-

imagerechtigkeitsaktivist*innen können in NRW schon dann für sieben Tage in polizeiliches Gewahrsam genommen werden, wenn sie ihre Personalien nicht angeben. Das ist eine Ersatzbestrafung ohne Urteil, legalisiert durch das Polizeigesetz. Wie bei der Einführung all dieser Gesetze befürchtet, werden damit vor allem soziale Bewegungen bekämpft, momentan vor allem die Klimagerechtigkeitsbewegung.

Die Klimakatastrophe kann man nicht wegsperren!

Abgesehen davon lässt sich die Klimakrise immer weniger ignorieren. Einerseits können wir die Auswirkungen davon täglich auch vor der eigenen Haustür sehen, andererseits nehmen die Aktionen dagegen zu. Da es kompliziert ist, gegen die Klimakrise vorzugehen und einfacher, die Aktivist*innen zu bekämpfen, wird offenbar versucht die Stimmen mundtot zu machen, die unüberhörbar, weil ungehorsam, darauf hinweisen, dass ein Weiter-so nicht geht.

Gleichzeitig ist es so, dass Diskussionen um Klimaschutz und Klimagerechtigkeit überhaupt nur geführt werden, weil immer wieder unüberhörbar darauf hingewiesen wird. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass Regierungen schon handeln werden, sondern müssen selbst aktiv werden. Die Aktivist*innen wollen sich deshalb nicht distanzieren, sondern Blockaden und andere Aktionen zivilen Ungehorsams weiter durchführen, auch wenn sie dafür eingesperrt werden (aktuell gibt es eine Aussetzung der Haftstrafen zur Bewährung bei Reue).

Gefängnisse machen kaum jemanden besser (dazu gibt es auch etliche Untersuchungen). Für eine bessere Welt einzutreten heißt, deshalb auch für ein ganz anderes Ganzes zu streiten, eine klimagerechte Welt, in der wir Konflikte austragen, statt sie durch andere mit Gewalt „lösen“ zu lassen.

Weiterführende Informationen unter:

<https://nitter.net/BlockNeurath>
<https://antirrr.nirgendwo.info/block-neurath/>



Den Staat aus der Gesellschaft denken?

Warum hast du das Buch geschrieben?

Wir leben in Krisenzeiten. Junge Menschen vertrauen aber den staatlichen Institutionen (Parteien, Regierungen etc.) immer weniger, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu beheben. Dennoch sind sie für Demokratie, was z. B. das Engagement bei Fridays for future zeigt. Hierauf muss die politische Bildung inhaltlich reagieren. Die vorherrschende Politikdidaktik behauptet jedoch, Jugendliche seien politisch uninteressiert, weil sie unser politisches System nicht verstehen (so Peter Massing), daher müssten sie die demokratischen Institutionen lernen. Dies geht aber an der Realität der Jugendlichen vorbei. Von ihrer Seite wird dem Staat nichtmehr zugetraut, gemeinwohlorientierte, ökologische Politik durchzuführen, sondern ihm wird unterstellt, partikuläre Politik u.a. für die fossilen Industrieunternehm-

men oder die Automobilindustrie zu betreiben. Die Gesellschaft braucht daher eine Neuausrichtung politischer Bildung in den Schulen. Zudem wurde in NRW das Unterrichtsfach Sozialwissenschaften in Wirtschaft/Politik umgewandelt. Dies geht mit einer Affirmation des Kapitalismus zu Gunsten unkritischen Wirtschaftsunterrichts einher. Des Weiteren geht es im Unterricht zu sehr um Methoden und Kompetenzen. Der politische Unterricht wurde thematische entkernt. Politische Unterricht wird damit unpolitisch, da er nicht mehr nach der Gestaltung der Gesellschaft fragt.

Das Buch „Den Staat aus der Gesellschaft denken“ von Sascha Regier versucht aufzuzeigen, wie die schulische politische Bildung angemessen die gegenwärtigen Vielfachkrisen in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit begreifen kann. Dabei wird behauptet, dass die dominierende Politikdidaktik macht- und herrschaftsblind ist und den gegenwärtigen Krisen nichts Emanzipatorisches entgegenstellen kann. Für das forum konnten wir den Autoren für ein Interview gewinnen. Die Fragen stellte // **Stefan Schüller-Breu, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Worum geht es in deinem Buch bzw. welche neuen Perspektiven eröffnet dein Buch?

Es geht um eine Neuausrichtung der politischen Bildung im Sinne eines kritischen Ansatzes. Ich nenne sie „Soziopolitische Bildung“, da sie die gesellschaftlichen und politischen Herrschafts- und Machtverhältnisse in gesellschaftlichen und politischen Strukturen zu erfassen versucht. Mir geht es dabei um die Stärkung der soziologischen (gesamtgemeinschaftlichen) Perspektive für die politische Bildung, um die vielfältigen Krisen adäquat begreifen und nach Lösungsmöglichkeiten fragen zu können.

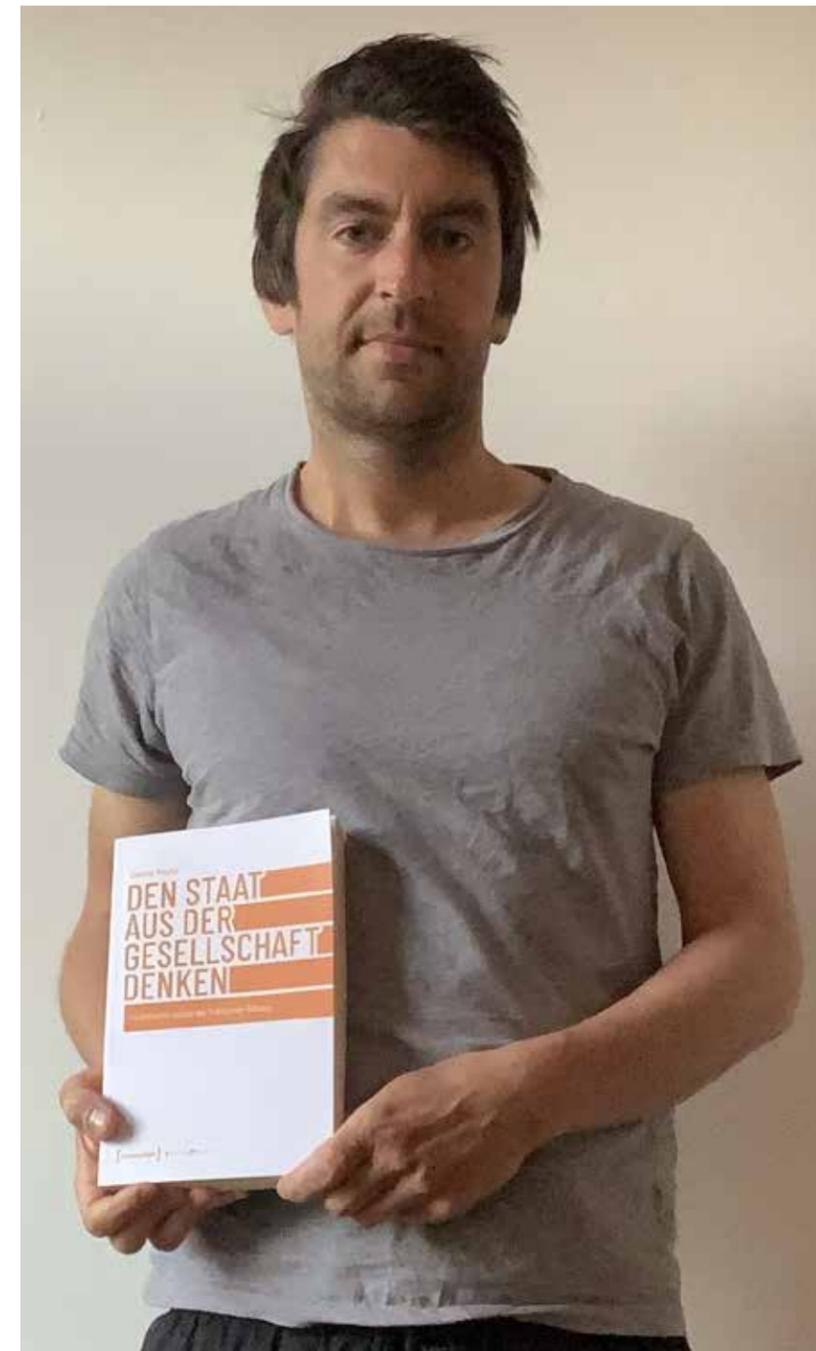
Was ist der spezifische Ansatz deiner Neuausrichtung politischer Bildung?

Es dreht sich darum, das Politische wieder in den Bereich der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zurückholen. Der Staat wird hierbei nicht, wie in der Politikdidaktik, die immer noch in der Soziologie-Lehrer*innenausbildung für das 2. Staatsexamen vorherrschend ist, als ordnungspoliti-

sche Institution des Gemeinwohls gesehen bzw. als Instanz die Probleme und Krisen löst. Mein Ansatz der politischen Bildung bezieht sich auf kritische Staats- und Gesellschaftstheorien, die den Staat nicht als neutrale Institution, sondern als Herrschaftsinstitution begreifen, die sowohl Herrschafts- und Machtverhältnisse absichert, aber auch emanzipatorisch durch Rechtsetzung auflösen kann. Für die politische Bildung heißt das, den Staat als umkämpfte Instanz zu verstehen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse reproduziert und bestimmte gesellschaftliche Gruppen ausschließt, da z.B. nicht alle sozialen Klassen und Interessengruppen im Staat (Parlamenten, Regierung etc.) vertreten sind. Zudem ist der Staat im Kapitalismus immer auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet, was wiederum in der gegenwärtigen ökologischen Krise ein Problem darstellt. Auch Transformationsprozesse von politischer Herrschaft und ein „Autoritärer Werden“ des Staates (u.a. durch repressive Strafrecht) sollen im Buch begreifbar gemacht werden.

Welche Machtverhältnisse meinst du genau?

In der vorherrschenden Politikdidaktik wird bspw. soziale Ungleichheit immer noch auf ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung verkürzt. Ein intersektionales Verständnis von race, class, gender fehlt völlig. Politische Bildung sollte darauf ausgerichtet sein, die Gesellschaft im Hinblick auf die selbst ermittelten Ziele der Moderne, u.a. Freiheit und Selbstbestimmung, zu analysieren, ob diese auch für alle Individuen in der Gesellschaft eingelöst sind, bzw. wer davon ausgeschlossen ist. Es geht um die Frage der Legitimität bestimmter Aspekte sozialer Ungleichheit in einer parlamentarischen Demokratie.



Apropos Demokratie, du schreibst in deinem Buch, die vorherrschende Politikdidaktik sei zu sehr auf die parlamentarische Demokratie beschränkt, was meinst du damit?

Wie ich eingangs erwähnte, nimmt das Vertrauen junger Menschen in die etablierten Institutionen der Demokratie ab. Das ist bedauerlich, aber vor dem Hintergrund gegenwärtiger (Nicht-)Krisenbewältigung auch verständlich. Die vorherrschende Politikdidaktik thematisiert aber bezüglich der Demokratie lediglich die parlamentarische Demokratie. Demokratie ist hier also lediglich

auf den Staat fokussiert, also staatszentriert. Für eine politische Bildung, die es mit dem Ziel der Emanzipation ernst meint, müsste jedoch auch über Demokratie im allgemeinen und offenen Sinne gebildet werden, also in wie weit z.B. Demokratie neben dem Parlamentarismus auch in den Bereichen der Wirtschaft etabliert werden sollte. Das fehlt völlig. Damit wird der Gegenstandbe-

Autoreninfo:

Dr. Sascha Regier ist GEW-Mitglied, Soziologe und Lehrer für Sozialwissenschaften, Philosophie, Geschichte und Pädagogik am Heinrich-Mann-Gymnasium Köln sowie im Forum kritische politische Bildung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) aktiv.

Buchinfo:

Sein Buch „Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung“ ist im Januar 2023 im transcript-Verlag erschienen und kann auf dessen Seite auch umsonst heruntergeladen werden.

reich politischer Bildung von vornherein beschnitten. Das ist ein Problem, denn hierbei wird für die politische Bildung lediglich die vorhandene politische und gesellschaftliche Ordnung konserviert und nicht auf die Frage ihrer Demokratisierung und Demokratisierungspotenziale thematisiert. Politische Bildung wird zur reinen Institutionenlehre degradiert und verliert ihren emanzipatorischen Charakter. In einem praktischen Sinne zielt mein Ansatz auf die grundlegende Ansicht, dass (politische) Bildung nicht lediglich auf die Affirmation der bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen und der politischen Ordnung abzielen soll, sondern auf die (wie auch immer geartete) vernünftige Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie die Verwirklichung der demokratischen und freiheitlichen Werte der Moderne für alle Subjekte

Vielen Dank für das Gespräch!



Computertruhe e. V.
<https://computertruhe.de>

BILDQUELLEN:

- mit freundlicher Genehmigung von Hey, Alter! e.V.
- von <https://computertruhe.de/> unter CC BY-NC-ND 4.0

Digitale Bildung für alle!?

Vereine wie „Computertruhe“ und „Hey Alter!“ ermöglichen Schüler*innen und anderen die digitale Teilhabe und verhelfen „Elektroschrott“ zu neuem Glanz. // **Catie Keßler, Mitglied der GEW Köln**

Digitale Teilhabe umfasst die Dimensionen Zugang, Befähigung und Partizipation. Die Forderung u.a. von Sozialverbänden wie dem Paritätischen Wohlfahrtsverband lautet: „Digitale Hardware und Internetzugang gehören zweifelsfrei zum soziokulturellen Existenzminimum. Es braucht flächendeckende und niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten, etwa durch die allgemeine Versorgung mit digitaler Hardware“¹. Jedoch verfügen viele Menschen insbesondere aus finanziellen Gründen nicht über geeignete Hardware und oft auch über keinen Internetanschluss. „Arbeitsbetroffene sind überdurchschnittlich offline“².

Da diese Teilhabe durch staatliche Unterstützungssysteme nicht gewährleistet ist, haben sich in den letzten Jahren zunehmend Freiwillige im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit organisiert, um mehr Menschen mit geeigneter Hardware auszustatten und zum Teil auch darüber hinaus digitale Kompetenzen zu fördern.

Nachhaltigkeit

Ebenso wie in Bezug auf Smartphones (siehe Forum 01/2023, S. 37ff.) ist auch der digitale CO₂-Fußabdruck von Computern und Laptops hoch: „Der größte Teil der klimaschädlichen Emissionen im Leben eines Computers entsteht durch die Herstellung“³.

Und auch Computer haben eine immer geringere Nutzungsdauer. Vor allem Firmen tauschen ihre Rechnerinfrastruktur in relativ kurzen Abständen aus und auch viele Privatpersonen rangieren noch voll funktionsfähige Geräte aus

verschiedenen Gründen aus, ohne sich über eine sinnvolle Weiternutzung Gedanken zu machen, so dass enorme Mengen oft noch funktionsfähiger Geräte entweder ungenutzt im Keller vergammeln oder (hoffentlich zu

mindest fachgerecht) verschrottet werden. Doch es gibt zahlreiche Vereine und Organisationen, in denen sich Freiwillige engagieren, um ausgemusterte, gespendete Rechner und sonstige Hardware wieder instand zu setzen. Dabei vernichten sie auch alle sich darauf befindlichen persönlichen Daten zuverlässig. Danach werden die Geräte kostenlos an bedürftige Menschen sowie an andere gemeinnützige Organisationen weitergegeben. „Es ist schön, die strahlenden Gesichter der Empfänger zu sehen. Aber wir möchten auch dazu beitragen, dass weniger Elektroschrott anfällt“, berichtet ein freiwilliger Helfer.⁴

Die „Computertruhe“

Eines der ersten Projekte dieser Art ist der Verein „Computertruhe“ (<https://computertruhe.de/>). Die Idee für das Projekt entstand ursprünglich Anfang 2015 im Rahmen der Flüchtlingshilfe. Den Gründungsmitgliedern wurde durch ihre Erfahrungen in der Flüchtlingshilfe verdeutlicht, dass das Fehlen einer digitalen Infrastruktur für die Integration der neu angekommenen Menschen ein großes Problem darstellte. Um diese digitale Kluft zu schließen, entschlossen sie sich daher, zunächst bei der Einrichtung von Internetzugängen zu unterstützen, und dann auch gebrauchte Computer zu sammeln, diese instand zu setzen und an die geflüchteten

Menschen kostenlos weiterzugeben.

Somit wurde es den Menschen ermöglicht, einfacher und kostengünstiger mit ihren dabeigebiebenen Familienmitgliedern zu kommunizieren, Online-Sprachkurse zu nutzen, im Netz nach Ausbildungs- oder Jobangeboten zu suchen,

die Computer für Schularbeiten zu verwenden, aber sich auch einfach nur zu unterhalten. Das Projekt richtete sich aber von Beginn an nicht ausschließlich an geflüchtete Menschen, sondern allgemein auch an be-

dürftige Personen und gemeinnützige Organisationen.

Da der Bedarf sehr viel höher war als ursprünglich erwartet, wurde etwa ein Jahr später in Baden-Württemberg der gemeinnützige Verein Computertruhe e.V. gegründet. Mit der Zeit kamen weitere Standorte in ganz Deutschland hinzu. Die Vereinsstruktur bietet den Vorteil, dass Personen, die einen neuen Standort gründen wollen, keinen eigenen Verein gründen müssen. Sie können Mitglied bei der Computertruhe e.V. werden und so kurzfristig mit Gleichgesinnten in ihrer Region einen eigenen Standort starten. Durch die Vereinsstruktur wurden u. a. die Hürden gesenkt, um bspw. an Sach- und Geldspenden für das Projekt zu gelangen.

Mittlerweile hat der Verein sieben Standorte innerhalb Deutschlands (<https://computertruhe.de/standorte/>), an denen Mitglieder gebrauchte Computer-Hardware einsammeln, reinigen, ggf. reparieren und/oder aufrüsten, testen und anschließend an berechnigte Personen weiterverteilen.

Der Verein vergibt Geräte – v.a. Laptops, aber auch PCs inklusive Peripherie sowie Smartphones – an bedürftige Einzelpersonen und an Organisationen im Bereich Flüchtlingshilfe, Erwachsenenbildung und Jugendarbeit. Nach dem Ahrtal-Hochwasser wurden Geräte in die betroffene Region geschickt, wo viele durch das Hochwasser ihre Smartphones und PCs verloren hatten. Außerdem werden punktuell auch internationale Gruppen unterstützt wie bspw. ein Schulprojekt in Nigeria.⁵

HEY ALTER!

Ein ebenfalls bundesweit tätiges Projekt, das auch in Köln aktiv ist, ist „HEY ALTER!“ (<https://heyalter.com/>). Die Initiative startete im April 2020 in Braunschweig und hat inzwischen bundesweit zahlreiche lokale Standorte. Aufgrund der Schulschließungen stieg der Bedarf an für Home-Schooling bzw. E-Learning geeigneten Geräte rapide an, zugleich konnten die beiden Gründer der Initiative Kontakt zu Firmen und Hochschulen herstellen, die bereit waren, Geräte zu spenden.

Vor allem Firmen tauschen ihre Rechnerinfrastruktur in relativ kurzen Abständen aus. Enorme Mengen oft noch funktionsfähiger Geräte landen entweder ungenutzt im Keller, vergammeln oder werden (fachgerecht?) verschrottet.

Das Prinzip von „HEY ALTER!“ ist „ganz einfach: Zusammenbringen, was zusammengehört. Wir sammeln diese alten Rechner bei Unternehmen, Institutionen und von privaten Haushalten, machen sie fit und verteilen sie an Schülerinnen und Schüler, die bislang nicht oder nur eingeschränkt an e-Learning oder homeschooling teilnehmen konnten. So wird Kindern und Jugendlichen zu mehr Chancengleichheit verholfen.“⁶

Während die „Computertruhe“ ein breites Feld von Spendenempfänger*innen bedient, hat sich „Hey Alter“ speziell auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen konzentriert, die keinen eigenen Rechner haben, was auch unabhängig vom Homeschooling weiterhin eine enorme Benachteiligung bedeutet. Die Geräte werden direkt an Schüler*innen gegeben, die Hilfe benötigen. Dabei ist das Projekt in enger Kooperation mit Schulen: „Die Schulen helfen uns, diejenigen zu identifizieren, die ein Gerät brauchen. Die Klassenlehrer ermitteln den Bedarf, die Rektoren übermitteln uns die Gesamtzahl, wir liefern die Rechner.“⁷

Schulen, die für Schüler*innen Bedarf haben, können sich per Email an kontakt@heyalter.koeln wenden. Dann werden die Geräte zusammengestellt und mit der Schule ein Termin zur Abholung vereinbart.

Die Schule muss also lediglich die Organisation für Abholung und Verteilung der Rechner übernehmen. Bei der Abholung unterschreibt die Schule, dass die Rechner an die Schüler*innen weitergegeben werden.

Das Angebot kann unabhängig von der sonstigen digitalen Ausstattung der Schule genutzt werden und hat keine Auswirkungen auf die Ausstattung der Schule durch die Stadt Köln. Die Rechner gehen in den Besitz der Schüler*innen über. Die Geräte müssen nicht zurückgegeben werden, wie beispielsweise die iPads. Die Schule muss auch kei-

nen Support leisten, bei Problemen mit einem Gerät dürfen die Schüler*innen sich gerne an HEY ALTER! wenden und erhalten ggf. ein anderes Gerät.

HEY, ALTER!-Initiativen gibt es inzwischen in 39 Städten und Regionen in ganz Deutschland. Gemeinsam wurden inzwischen über 14.500 Rechner verteilt. In NRW existieren neben Köln weitere Standorte in Solingen, Wülfrath, Düsseldorf, Essen und Aachen.

Freie Betriebssysteme

Auch in Bezug auf Betriebssysteme zeigt sich wie bei Smartphones das Muster, dass die kommerziellen Betreiber kein Interesse an einer nachhaltigen Nutzung haben. Die

Systeme werden mit der Zeit immer aufgeblähter und langsamer. Für Windows 11 wurden die Hardware-Anforderungen von Microsoft darüber hinaus künstlich hochgesetzt, so dass mit dem angekündigten Support-Ende von Windows 10 viele, auch relativ neue Geräte, nicht mehr kompatibel sein werden.⁸ „Weil der Verein [„Angestöpselt“] den sozial- und umwelt-zerstörerischen Monopolkapitalismus im IT-Bereich nicht unterstützen möchte, wird auf den Rechnern das Betriebssystem Linux installiert. Für das Team ist Linux eine echte, womöglich sogar bessere Alternative zu Windows.“⁹

Auch das Umweltbundesamt empfiehlt: „Lange nutzen statt neu kaufen: Damit ein alter Computer wieder schneller wird, können Sie drei Dinge tun: 1. Datenmüll entfernen; 2. gezielter Austausch von Komponenten; 3. Wechseln Sie auf ein Open-Source-Betriebssystem“.³

Die Hilfs-Organisationen installieren auf den gespendeten Geräten vor allem zwei Distributionen, die sich als sehr einsteigerfreundlich bewährt haben: Linux Mint und/oder Ubuntu Linux.

Sinnvolle Software ist hier bereits vorinstalliert, Spy-, Bloatware und Werbung gibt es nicht.

Im Falle von Personen, die noch kaum oder gar keine Computererfahrung hatten, würde ich sogar behaupten, dass ein Einstieg mit einem der genannten Linux Systeme einfacher ist als mit Windows: Im Gegensatz zu Windows werden hier vom System nicht ungefragt Programme installiert, es plopt keine Werbung auf, neue Programme lassen sich wie in einem App-Store mit einem Klick installieren und die Updates des Systems und der Programme können automatisiert ablaufen.

Linux Mint ähnelt Windows in der Bedienlogik und bietet so Menschen mit Windows-Erfahrung einen leichten Einstieg. Die

FUBNOTEN IM TEXT ABER NICHT AM TEXTENDE SIE SIND über den murena-QR-Code abrufbar!

einen Schreibtisch, zu wenig Platz also, um stationäre Rechner aufzustellen. Deshalb benötigen wir in erster Linie Laptops, am besten nicht über sieben Jahre alt, mit Kamera und Mikrofon. Und möglichst viele.“⁹

Darüber hinaus werden SSDs für den Einbau in Laptops benötigt (dies bringt in der Regel einen merklichen Geschwindigkeitsschub für Geräte, die noch mit einem älteren HDD-Festplattentyp ausgestattet sind) sowie Arbeitsspeicher, Webcams, Adapter und Ersatzteile. Die verschiedenen Vereine sind auch untereinander vernetzt und helfen sich gegenseitig aus bspw. mit KnowHow und auch mit Ersatzteilen.

Alle diese Vereine freuen sich über weitere Engagierte, die mithelfen (<https://computertruhe.de/faq/#wie-kann-ich-bei-euch-in-der-computertruhe-mitmachen>): „Man

muss auch kein IT-Nerd sein, um bei uns mitzumachen. Freude an Technik genügt. Am besten gepaart mit der Lust, etwas für die Umwelt tun zu wollen. Rechner aufzubereiten, ist nun mal besser, als sie zu shred-dern. Außerdem helfen die Computerspenden Menschen in sozialer Not.“⁹

Zudem sind nicht nur Sachspenden, sondern auch finanzielle Unterstützung willkommen, um die weitere Arbeit der Organisationen zu ermöglichen. Damit werden u.a. Anschaffung von Ersatzteilen und Zubehör (Webcams, WLAN-Sticks, Arbeitsspeicher, Festplatten, Tastaturen, Mäuse, usw.) sowie die nötigen Räume finanziert (<https://www.betterplace.org/de/projects/105123-hey-alter-alte-rechner-fuer-junge-leute>).



<https://computertruhe.de/>



<https://heyalter.com/koeln/>



Video-Tutorials & Handbuch
https://heyalter.com/hilfe/#dearflip-df_rand1564816106/1/



Quellen zum Artikel
<https://murena.io/s/ExAercc3Sx9FfkG>

Ubuntu hat einen Standard-Desktop, der eine besonders moderne Optik und einen mit Smartphones vergleichbaren Workflow bietet. Dennoch laufen beide Systeme wesentlich sparsamer als Windows, so dass auch ältere Geräte bzw. Geräte mit wenig Arbeitsspeicher wieder schnell und produktiv nutzbar sind.

Zur Erleichterung des Einstiegs und allgemein zur Unterstützung digitaler Kompetenzen bietet „Hey Alter“ auch Video-Tutorials (<https://heyalter.com/hilfe/>) und ein Handbuch¹⁰ an, Computertruhe hat eine Handbuch in Bezug auf Linux Mint¹¹ entwickelt und unter Creative Commons-Lizenz lizenziert.

Darüber hinaus gibt es für beide Systeme hervorragende allgemeine Anleitungen (u.a. in der Stadtbibliothek und der Onleihe erhältlich) sowie Wikis¹², Hilfe-Foren¹³ und Online-Tutorials (empfehlenswert u.a.: <https://www.linuxguides.de/linux-fuer-einsteiger/>)

Spenden und Unterstützung

Die Nachfrage nach Geräten ist seit dem Corona-Home-Schooling und erst recht seit dem Ukraine-Krieg groß. Gesucht werden v.a. Laptops. „Auf unserer Warteliste für einen Laptop stehen im Schnitt 100 bis 120 Menschen“, sagt Lukas Seeber von „Angestöpselt“. Für Desktop-PCs gibt es dagegen einen Überhang an Angebot und die meisten Initiativen nehmen aus Mangel an Lagerraum keine PC-Tower mehr an. Wer einen Desktop-PC braucht, kann in der Regel sofort oder mit sehr geringer Wartezeit ein Gerät (inklusive Peripherie) erhalten. Doch auch hier ist Platzmangel ein Hindernis: „Kinder, die keinen eigenen Rechner haben, stammen in aller Regel aus Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen. Diese Kinder haben häufig kein eigenes Zimmer oder

Gewerkschaften erneuern

Die fünfte Konferenz „Gewerkschaftliche Erneuerung“ fand vom 12. bis 14. Mai 2023 an der Ruhr-Universität Bochum statt, veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit einer ganzen Reihe lokaler und regionaler Gewerkschaftsgliederungen. 1.500 Aktive aus den Gewerkschaften, aus Wissenschaft und Streiksolidarität kamen zusammen und diskutierten über Erfahrungen und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung angesichts der aktuellen politischen Lage. // **Angela Bankert, GEW Köln**

So wurden die Teilnehmenden an der Ruhr-Uni Bochum begrüßt

Bericht vom GEW-Branchentreffen

Auch dieses Mal gab es ein Treffen von an der Konferenz teilnehmenden GEW-Mitgliedern. Etwas mehr als 30 Kolleg*innen waren zusammengekommen, um sich über aktuelle Themen auszutauschen. // Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln

Für alle war die bevorstehende TV-L Tarifrunde ein wichtiges Anliegen sowie damit verbundene

Fragen, beispielsweise wie man den Organisationsgrad und die Streikbereitschaft erhöhen, aber ebenso den Beamt*innen klarmachen kann, dass die Tarifrunde auch sie betrifft.

Viele Stadtverbände wünschen sich eine bessere Vernetzung der GEW mit anderen lokalen Akteur*innen im Bildungsbereich, um guter Bildung auch in der Gesamtgesellschaft eine schlagkräftigere Stimme zu geben – ein Anliegen, das wir als GEW Köln und als eine sehr aktive

Gliederung nur unterstützen konnten. Wir sind bereits bestens vernetzt und können auf sehr gelungene Zusammenarbeit zurückblicken (z.B. mit der Stadtschulpflegschaft Köln oder dem JAEB Köln).

In dieser Hinsicht wird auch der bereits im GEW-Treffen erwähnte bundesweit geplante „Protesttag Bildung“ am 23.9., der von einem breiten Bündnis namens „Schule muss anders“ von über 90 Organisationen getragen wird (darunter auch der GEW), ein wichtiger Aufschlag sein. Eindrucksvoll waren auch die Berichte von Berliner Kolleg*innen zu den Streiks für einen TV Gesundheitsschutz. Mehr dazu unter: <https://www.gew-berlin.de/tarif/tv-gesundheitsschutz>.



Über 150 Referent*innen gaben ihre Inputs in 25 Arbeitsgruppen und Praxisseminaren. Branchentreffen aller Gewerkschaften – erstmalig auch von Mitgliedern der IG BCE – fanden am Samstagabend statt (Bericht vom GEW-Branchentreffen siehe Kasten).

Die Veranstaltungsreihe startete vor zehn Jahren unter dem Titel „Streikkonferenz“ in Stuttgart. Damals als kleine Basis-konferenz mit 300 Teilnehmenden, unter-

stützt von ver.di Stuttgart unter dem damaligen Geschäftsführer Bernd Riexinger. Seitdem wächst die Konferenz ständig, und nach der Corona-bedingten längeren Pause war der Bedarf vor dem Hintergrund von Krieg, Klimakatastrophe, galoppierender Inflation und ökonomischer Krise offensichtlich groß. Unter den Teilnehmenden waren auch erfreulich viele junge Leute, sowohl aus der Gewerkschaftsjugend wie auch aus den Klimabewegungen.

Gewerkschaften und Klimabewegung

In Podien und Workshops ging es immer wieder um die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Klimabewegung. Davon können beide Seiten profitieren: Die Gewerkschaften schaffen sich Bündnispartner*innen, die in die Zivilgesellschaft hineinwirken, was die notwendige Politisierung von Arbeitskämpfen unterstützt. Denn letztlich geht es um öffentliche Güter, um die Qualität öffentlicher Dienstleistungen für die Bevölkerung, um die Verteilung von gesellschaftlich erarbeitetem Reichtum und um Machtfragen beim Umbau der Wirtschaft zu ökologisch sinnvoller Produktion. Umgekehrt kann die Klimabewegung allein mit Demonstrationen wenig bewirken, wenn sie nicht die soziale Frage mitdenkt und die Organisationen der Arbeiterbewegung hinter die berechtigten ökologischen Anliegen bringt.

Das Thema des Auftaktpodiums war entsprechend: „Transformation und Verkehrswende solidarisch gestalten“. Prof. Dr. Klaus Dörre von der Uni Jena hielt dazu einen fulminanten Vortrag. Im Anschluss diskutierten Christine Behle (stellv. ver.di-Bundesvorsitzende), Paul Hecker (Mitglied der Geschäftsführung IG Metall Köln-Leverkusen), Felicitas Heinisch (Fridays For Future) und Janine Wissler (Partei-vorsitzende DIE LINKE). Deutlich wurde, dass ver.di entschlossen die Kooperation mit den Fridays sucht, die IGM dagegen wenig gemeinsame Schnittmenge sieht. Von Klaus Dörre und Janine Wissler wurden die Grenzen aufgezeigt, die der Kapitalismus bei der Lösung der drängenden Aufgaben aufweist.

Bereits 2020 gab es eine Zusammenarbeit von ver.di mit den Fridays im Rahmen der damaligen Manteltarifrunde Nahverkehr, die jedoch im Corona-Lockdown steckenblieb. Diese Zusammenarbeit wurde jetzt wieder aufgegriffen bei der Entgelt-Tarifrunde des öffentlichen Dienstes, bei der es auch um die Entgelttabellen der Bus- & Bahnfahrenden ging. Beim internationalen Klimastreiktag am 3. März gab es erstmals einen gemeinsamen Streik mit den Bus- und Bahnfahrer*innen von ver.di (#WirFahren-Zusammen). Und am 27. März kam es dann zu einem Vollstreik der gesamten Verkehrsbranche inklusive der Eisenbahnergewerkschaft EVG, der von FFF unterstützt wurde.

2024 steht erneut der Kampf um einen deutlich verbesserten Manteltarifvertrag an. Christine Behle machte deutlich, dass ver.di in diesem Bereich ab 1. Januar 2024 streikbereit und auch willens ist, eine deutliche Aufwertung der Berufe im Nahverkehr zu erreichen.

Ebenfalls mit einem zentralen Verkehrsthema befasste sich der Workshop „Trans-

formation der globalen Autoindustrie“. Dort stellte Johannes Schulten (Institut Arbeit und Qualifikation) seine Studie vor, welche die globalen Trends hin zur Elektrifizierung und Digitalisierung des fahrbaren Untersatzes untersucht. Schulte stellte die These auf, dass es eine Verschiebung der Wertschöpfung weg von den klassischen Autobauern hin zu den Herstellern von Batterien und Entwickler*innen von Software gebe.

„Sozialpartnerschaft“ oder soziale Partnerschaft?

Von der aus dem Publikum aufgebrachten Notwendigkeit eines Umbaus der Autoindustrie, einer Konversion der Produktpalette hin zu Bussen, Bahnen und Ausrüstungsgütern für öffentliche Verkehre wollten die anwesenden IGM-Vertreter*innen wenig wissen. Sie führten an, dies scheinere an der Verfügungsgewalt der Kapitaleseite, die solche Vorschläge ablehnen würde. Auch hier wurde deutlich, dass die rein innerbetriebliche Sichtweise dominiert, die Kooperation mit gesellschaftlichen Bewegungen bisher eher unter dem Radar bleibt.

Zahlreiche Teilnehmer*innen fanden sich beim Themenseminar „Die Waffen nieder“ ein, wo Prof. Frank Deppe (Uni Marburg) über Gewerkschaften in Kriegszeiten gestern und heute referierte, u.a. über Parallelen und Unterschiede zum 1. Weltkrieg. Er machte deutlich, dass zu Beginn eines Krieges auch durch massive Propaganda zunächst die Zustimmung überwiegt, diese aber nicht allzu lange anhält. Viele Diskutierende sprachen sich gegen Aufrüstung, Waffenlieferungen und das 100-Mrd.-Programm der Bundesregierung aus.

Organizing

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten auch bei dieser Konferenz die Erfahrungen mit dem Organizing (orientiert insbesondere an der US-amerikanischen Organizing-Ikone Jane McAlevey), das nicht nur mobilisieren und Mitglieder rekrutieren, sondern langfristig aktive Strukturen sichern und Selbstermächtigung aufbauen will.

Erfahrungen mit neuen Formen der Beteiligung, effektiven Streikstrategien und Werkzeugen aus dem Organizing wurden ausgewertet. Unverzichtbar ist dabei die Demokratisierung von Tarifkämpfen und die Einbeziehung von Basisaktivist*innen bei allen Entscheidungsprozessen bis hin zu den Verhandlungen. So wurden zum Beispiel im Kampf um Entlastungstarifverträge in den Krankenhäusern abteilungsweise sogenannte „Tarifbotschafter*innen“ gewählt, die bei den Tarifverhandlungen im Nebenraum saßen und in jedem Verhandlungsstadium von der Tarifkommission einbezogen wurden.

Eine Intensivpflegerin der Uniklinik Köln hielt im Plenum einen mitreißenden Vortrag darüber, wie sie vom „normalen“ ver.di-Mitglied, das ab und zu an Warnstreiks teilnimmt, zu einer tragenden Aktivistin und Co-Verhandlerin beim „Tarifvertrag Entlastung“ wurde.

Konsequent durchgeführt steigert die Organizing-Methode das Selbstbewusstsein und führt zur Selbstermächtigung der Akteur*innen. Das kollidiert nicht selten mit innergewerkschaftlichen Strukturen, die zwar formal demokratisch sind, in denen sich Strategiefindung und Entscheidungswege jedoch oft topdown (von oben nach unten) gestalten.

Um solche Strukturen aufzubrechen und eine dauerhafte Vernetzung kritischer Gewerkschafter*innen über einmalige Konferenz-Events hinaus zu organisieren, hat sich vor ein paar Jahren die „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften – VKG“ gegründet, die in Bochum ebenfalls ein Treffen anbot.

Breite Themenpalette, um Gewerkschaften zu erneuern

Zahlreiche weitere Seminare und Workshops deckten eine breite Themenpalette ab, von Strategien gegen Union Busting über Aspekte des Streikrechts (Arbeitsrechtler Prof. Däubler über ein Klimastreikrecht) bis zu Solidaritätsarbeit und gesellschaftlichen Sozialprotesten wie die Bewegung „Genug ist Genug“ (Jacobin-Chefredakteurin Ines Schwerdtner).

Interessantes Detail aus dem Workshop „Die Arbeitsmarkt-Situation nutzen“: Im Bereich der Luftfahrt-Sicherheitsdienste gelang es letztes Jahr - neben einer Entgelterhöhung - als Ausgleich für eine lange Laufzeit auch eine Inflations-Anpassungsklausel im Tarifvertrag unterzubringen. In Zeiten unberechenbarer Inflationsentwicklung ein gutes Beispiel.

Nach dem Motto „Aus der Geschichte lernen“ wurden auch eine Reihe historischer Kämpfe in Workshops behandelt, oft mit Zeitzeug*innen: Kampf um das Stahlwerk Duisburg Rheinhausen 1988/-89, FORD-Streik 1973 in Köln, die großen Streiks im öffentlichen Dienst 1974 und 1992, der Kampf um das Opel-Werk in Bochum 2004.

Fazit: Demokratisierung und Politisierung gewerkschaftlicher Kämpfe waren der rote Faden durch diese Veranstaltung. Die Konferenzreihe „Gewerkschaften erneuern“ ist mutmachend, inspirierend und ein Muss für gewerkschaftlich Aktive, die zu erfolgreichen Arbeitskämpfen und einer offensiven Gewerkschaftspolitik beitragen wollen.

Vorsicht bei der Ferienplanung! Urlaubsregion Ostfriesland ab Sommer mit einem Krankenhaus weniger?

Warum soll ein Krankenhaus geschlossen werden, das die ostfriesische Küstenregion inklusive der Nordseeinseln versorgt? Viele fühlen sich von der Politik hintergangen. // **Eva Caspers, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

1966 wurde das Kreiskrankenhaus in der Küstenstadt Norden gebaut. Damals zählte der Altkreis knapp 75.000 Einwohner*innen. Heute leben dort gut 82.000 Menschen. Norden hat seit einigen Jahren zwar wieder sein altes KFZ-Kennzeichen (NOR), gehört seit 1977 aber zum Landkreis Aurich.

In den Urlaubsmonaten besuchen Hunderttausende Tourist*innen – zum großen Teil aus Nordrhein-Westfalen – die Küstenstadt mit ihren vorgelagerten Inseln Juist, Norderney und Baltrum. Für das Jahr 2019 zählte die örtliche Industrie- und Handelskammer 320.000 Urlaubsgäste allein für die Stadt Norden. Hinzu kommt, dass gerade der Altkreis Norden seit Jahren von immer mehr Menschen (vornehmlich aus NRW) als Altersruhesitz gewählt wird.

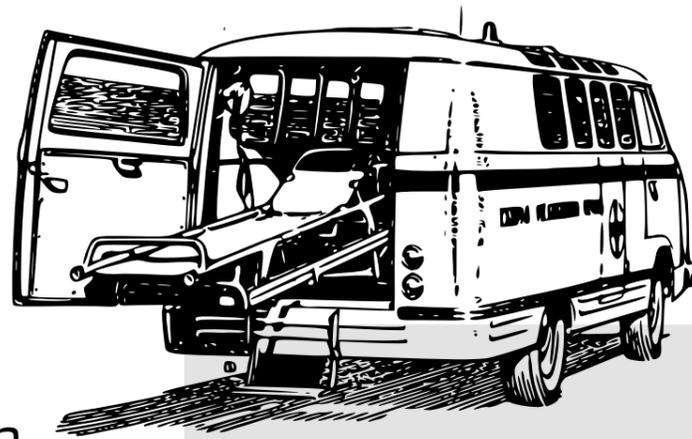
Und genau hier, wo es ob der älter werdenden Bevölkerung und den Massen an Urlaubsgästen ganz natürlich einen erhöhten Bedarf an stationärer Versorgung gibt, soll die Grundversorgung durch das seit über 50 Jahren bestehende Krankenhaus geschlossen werden.

3x1=1

2013 kam die Idee auf, die Krankenhäuser in Norden (Stadtbevölkerung: 25.000), Emden (50.000) und Aurich (40.000) zu schließen, um zwischen den drei Städten eine Zentralklinik aus dem Boden zu stampfen. Begründet wurde dies damit, dass alle drei Standorte jedes Jahr mit mehreren Millionen Euro defizitär wirtschaften würden. Bedeuten würde dies, dass rd. 50.000 Einwohner*innen (plus Urlaubsgäste in der Feriensaison) dann weiter als 30 Autominuten vom nächsten Krankenhaus mit Grundversorgung entfernt wohnen.

Damit wäre für eine Gesamtbevölkerung von rd. 240.000 Menschen aus dem Landkreis Aurich und der kreisfreien Stadt Emden nur noch ein Krankenhaus vorgesehen gewesen. Aus zuvor insgesamt rd. 920 Planbetten in den bisherigen drei Häusern sollten bis zum Jahr 2028 am neuen Standort nur noch gut 800 Betten werden.

Seither ist einiges passiert. Widerstand regte sich, die Emder*innen sprachen sich 2017 gegen die Schließung ihres Krankenhauses aus, um



Zwischen 1991 und 2021 sank die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland von 2.411 auf 1.887. Die Anzahl der Planbetten nahm von insgesamt 665.565 Betten in 2021 ab und betrug dreißig Jahre später nur noch 483.606. Im selben Zeitraum ist die Bevölkerungszahl um drei Millionen angestiegen.

Auch in Köln will man Krankenhäuser schließen!

Petition gegen die Schließung des Kinderkrankenhauses Amsterdamer Straße und des Krankenhauses Holweide: <https://weact.campact.de/petitions/keine-schliessung-des-kinderkrankenhauses-amsterdamer-strasse-und-des-krankenhauses-holweide-1>

Internetauftritt der Initiative „Erhalt von Krankenhaus Holweide und Kinderklinik Amsterdamer Straße“: <https://erhalt-krankenhaus-koeln-holweide.blogspot.com>

Internetauftritt des „Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen“: <https://gesunde-krankenhaeuser-nrw.de>

bei der Wiederholung des Referendums zwei Jahre später mit 54,75 Prozent dann doch noch dafür zu stimmen. Wahrscheinlich wird es ob der gestiegenen Preise, höherer Bauzinsen und klammernden öffentlichen Kassen nun doch nicht zum Bau der Zentralklinik kommen.

Die logische Konsequenz wäre der Erhalt des Norder Krankenhaus-Standorts. Doch die politischen Entscheidungsträger*innen im Landkreis scheinen einer anderen Logik zu folgen. Für alle sehr überraschend wurde im Frühjahr dieses Jahres die endgültige Schließung der Grundversorgung der Ubbo-Emmius-Klinik in Norden verkündet, die bereits für den 1. Juli geplant ist. Der Eindruck entsteht, dass nach jahrelangem Hin und Her sowie einer sukzessiven Verkleinerung der Kapazitäten am Standort Norden nun Fakten geschaffen werden sollen.

„Gesundheit darf etwas kosten, schließlich bezahlen WIR sie!“

Am 3. Juni kam es nun zur ersten Demonstration für den Erhalt des Status quo. Mit den 2.500 Teilnehmer*innen hatten selbst die optimistischsten unter den Organisator*innen nicht gerechnet. Die Stadt Norden verklagt mittlerweile den Landkreis Aurich, der Träger sowohl des Auricher wie auch des Norder Krankenhauses ist. Beide Häuser sind übrigens nach dem Pädagogen Ubbo Emmius (1547-1625) benannt, der in seinen Briefwechseln mit den führenden Machthabern seiner Zeit „das Widerstandsrecht des Volkes gegen die Obrigkeit“ vertrat. Welche Position er zur Schließung des nach ihm benannten Norder Krankenhauses einnehmen würde, darüber kann nur spekuliert werden ...

Laut und Herzlich

„// **Björn Karlsson, Mitglied der GEW Köln und derzeit für zwei Jahre im Auslandsschuldienst in Buenos Aires**

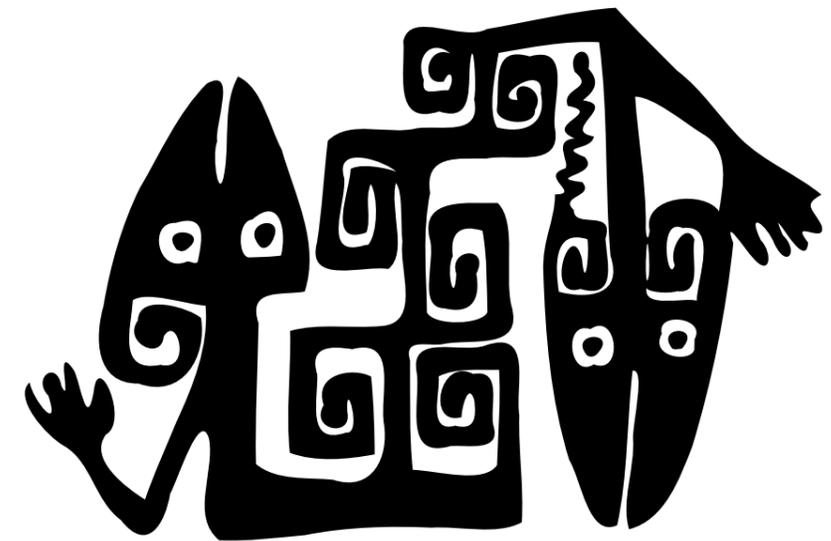
RINGRANG! 5:30 Uhr, Licht an – Stromausfall! Entonces, Stirnlampe und Kaffee mit Kerze. Tröpfelnden Klimaaugen und bürgersteigsschrubenden Ladenbesitzer*innen ausweichend erreiche ich den Monumentalbau von Plaza Constitucion. Hier fühle ich mich ganz klein. Menschenmassen, die aus der Provinz in die Stadt sprudeln, bestimmen die Laufrichtung. Gegen den Pendlerstrom bahn ich mir den Weg. Listo. Setze mich in die Linie Roca, benannt nach dem Volkshelden und Indio-Schlichter General Julio Roca, und denke über meine Rolle als Geschichts- und Deutschlehrer an einer Deutschen Auslandsschule in Buenos Aires nach. Entsendt als kölsche Bundesprogrammlehrkraft ist es für mich ein Privileg und außerordentliche Gelegenheit, die argentinischen Kulturen als Lehrer kennenzulernen. Und den Austausch über moderne deutsche Perspektiven zu fördern. Ich frage mich, inwiefern private Auslandsschulen postimperial sind.

In Buenos Aires besteht übrigens die größte Dichte an deutschen Schulen. Und zwar weltweit! Wieso ausgerechnet hier? Es gab Zeiten, in denen es für Manche nicht sehr sicher war, in Deutschland zu leben. Eine Zukunft im rund 12.000 km entfernten Südamerika schien dagegen attraktiver (...). Während mein Blick zum Erinnerungsschild „Las Islas Malvinas von Argentinas“, das sogar beim Verlassen jeder Pampa-Oase zur Rückgabe der Falklandinseln mahnt, abschweift, steige ich zwischen Karaoke-Sängern und Chipa-Verkäuferinnen aus. Kurz vor der Schule begegne mir Schüler*innen mit ihren Schuluniformen. Naja, eigentlich sind es Polos mit Jogger. Und Schulwapen, die mir gefallen. Angenehm, morgens keine Gedanken darüber zu verlieren, was ich anziehen soll. Am Campus angekommen, schließt mir Susi das Tor auf. Sowieso ist hier Vieles verschlossen, außer die Menschen: Alle Kolleg*innen begrüßen sich mit Wangenküssen. Im Lehrer*innenzimmer geht es bei Mate und Medialunas laut und herzlich zu. Mit dem Gong schlenkern wir ins Klassenzimmer und werden dabei von den S*S durchlöchert. Die Lerngruppen sind übersichtlich, soziale Auffälligkeiten selten, Lern- und Sprachniveaus unterschiedlich. Die S*S nennen uns beim Vornamen, und ja: Der Umgang ist respektvoll, viel-

leicht wirklich familiär, wie mir hier alle erklären. Das Interieur reicht von Smartboards bis zum Retro-Pult. Auch an den Fotos in Schwarzweiß, die im Gebäude manche Wände schmücken, bemerke ich die über neunzigjährige Geschichte der Schule. Von einer Grundschule mit ausnahmslos deutschen Kindern hat sie sich im Laufe der Jahrzehnte zu einer dreisprachigen Begegnungsschule inklusive Kindergarten und Sekundaria entwickelt. Die S*S, von denen nur Vereinzelte deutsche Nachnamen tragen, streben den argentinischen und internationalen Hochschulabschluss (GIB) an. Der Kernlehrplan spielt hier also eine geringe Rolle, vielmehr das Deutsche Sprachdiplom (DSD) und diverse PASCH-Projekte. Zwar vermisse ich meine gewohnten Strukturen. Allerdings birgt der Austausch für mich die Chance, flexible Curricula und unterschiedliche Prüfungsformate kennenzulernen und diese direkt anzuwenden. Welcher Geschichtslehrer hat schon die Möglichkeit, die japanische Expansion zu unterrichten? In Deutschland oder anderen Staaten studieren möchten nur Wenige: Wozu dann der Aufwand? Qualität, Sicherheit und Prestige. Sagen zumindest Erziehungsberechtigte, die das monatliche Schulgeld zahlen. Und das ist für argentinische Verhältnisse immens. Manche Eltern gingen hier früher selbst zur Schule. Auch die S*S, die teilweise seit ihrem 2. Lebensjahr die Einrichtungen besuchen, kommen gerne. Und obwohl die Tage von 7:25

bis 17:15 Uhr wirklich lang sein können – oder gerade deshalb – identifizieren sie sich mit der Schule, teils über die Schulzeit hinaus. Eine Handvoll kehrt als Unterrichtende später zurück. Mit Schulschluss bilden sich Trauben vor den Eingängen: Eltern sammeln ihre Kinder – viele bis zur Volljährigkeit – mit dem Auto ein. Die meisten wohnen im selben Stadtteil. Es gilt: „primero seguridad, segundo francia“ [„erstens Sicherheit, zweitens Frankreich“ - Anspielung auf das WM-Endspiel].

Auf meinem Heimweg nehme ich viel Armut wahr. Dabei fällt mir auf, dass diese Schule weder mit einer argentinischen noch einer deutschen Regelschule vergleichbar ist. Sie repräsentiert eine deutschlandfreundliche, tendenziell gehobene Gesellschaftsschicht. Später schlendere ich durch San Telmo und bestaune beiläufig Street-Art, die Künstler*innen an manch eine pittoreske Fassade spraysen. Auf einem ist ein Fußballer mit Nationaltrikot und Augenbinde zu sehen. Darauf steht: „el futbol no se ve, se siente“ [„Du schaust kein Fußball, du fühlst ihn“]. Daneben klitzeklein ein Tag mit „Malvinas nos une“. Vergessen? Unmöglich! Vielleicht möchte ich gerade aus diesem Grund dieses leidenschaftliche Erinnern im Unterricht diskutieren. Grübelnd erreiche ich den Plaza Dorrego, setze mich auf eine Bank: Zwei tanzen Tango, ein laues Lüftchen weht heiter durch die Zuschauenden, Autos drängeln und hupen. Feierabendverkehr!



Bitte bei allen Veranstaltungen anmelden!

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Einladung zur Besichtigung der Klosterruine Heisterbach

Donnerstag, 13. Juli 2023
Treffpunkt auf dem Klostergelände: 11.15 Uhr
Beginn der Führung 11.30 Uhr

Kosten: 5 Euro

Wer nach der Besichtigung noch mit uns in die Klosterstube einkehren möchte, gibt dies bitte bei der Anmeldung an.

Anreise:

... mit der Bahn

Köln Hbf, RE 8 - 10.03 Uhr
Niederdollendorf - 10.41 Uhr

Bus Linie 520

von Niederdollendorf - 10.48 Uhr
an Oberdollendorf, Kloster Heisterbach - 10.56 Uhr

... mit dem PKW

Parkplatz Kloster Heisterbach, Heisterbacher Straße, 53639 Königswinter

Parken Sie nicht auf den Seitenstreifen der L 268 – die Stadt Königswinter schleppt rigoros ab (kostet ca. 300 Euro).

Einladung zum Besuch der Bunten Kerke in Lieberhausen

am 28. August 2023

Treffpunkt und Beginn der Führung: um 11.10 Uhr am Kirchplatz, 51647 Gummersbach

Kosten: 5 Euro

Empfehlenswert ist ein Besuch des Landgasthofes Reinhold direkt neben der „Bonten Kerke“. Neben gut bürgerlicher Küche wird die Lieberhäusener Spezialität, der Eirkuchen, angeboten. Bei Bedarf anmelden, leider ist nur bei genügend großer Besucherzahl auch mittags die Küche geöffnet.

Anreise mit Bahn und Bus:

Ab Köln Hbf, RB 25 in Richtung Brügge Bf. - 9.24 Uhr
an Gummersbach - 10.35 Uhr

ab Gummersbach Bf. Bussteig 11 - 10.38 Uhr
an Lieberhausen um 11.04 Uhr

+++ SOS +++

Senioren-Nachwuchs dringend gesucht!

Wir sind sechs im Kölner und Rhein-Berger Ausschuss für Ruheständler*innen. Wir haben die Arbeit für euch – und natürlich auch für uns – lange, gerne und hoffentlich auch gut gemacht. Aber drei von uns werden in diesem Jahr 80, zwei im nächsten. Die Kraft wird langsam weniger, dafür nehmen Zipperlein & Co zu.

Einige von uns möchten deshalb von unserem Amt zurücktreten, aber wir möchten ebenfalls, dass die Ausschuss-Arbeit fortgesetzt wird, mit jüngeren Kolleg*innen, vielleicht auch mit neuen, jüngeren Ideen, auf Wunsch mit Unterstützung der Altgedienten.

Die Arbeitsbelastung hält sich, verteilt auf viele Schultern, in Grenzen. Wenn Ihr Fragen habt, dann fragt uns – persönlich, am Telefon oder per E-Mail. Die Geschäftsstelle, die den Ausschuss auch sonst tatkräftig unterstützt, gibt die nötigen Daten bei Bedarf weiter.

Und nun rafft euch auf, kommt, arbeitet mit! Wir freuen uns auf unsere Nachfolger*innen, die jungen Alten mit den frischen Ideen!



Schaukeln nach Fragonard

Schloss Morsbroich – das erste Museum der Gegenwartskunst

// Helga Pennartz, Ausschuss Aktive Ruheständler*innen

In seiner heutigen Barockgestalt wurde das Schloss in der zweiten Hälfte des 18. Jh. errichtet und im 19. Jh. erweitert. 1948 mietete die Stadt Leverkusen das durch den 2. Weltkrieg stark beschädigte Gebäude. 1951 wurde im Schloss das erste Museum der Gegenwartskunst in der Bundesrepublik Deutschland eröffnet.

Wir - die Senior*innen aus Köln und dem Rheinisch-Bergischen Kreis wollten Mitte April den Frühling im Skulpturenpark des Schlosses genießen. Leider war das Wetter kalt und etwas regnerisch, so dass wir nur einen kleinen Teil besichtigen konnten.

Der Morsbroicher Schlosspark war ursprünglich barock gestaltet und später mit teilweise romantisierender Gartenarchitektur ergänzt worden. Seit 2008 werden entsprechend dem Museumskonzept im Park ausschließlich abstrakte Skulpturen aus bzw. aufgestellt, die betrachtet, aber oft auch bewegt und befühlt werden sollen.

In der Auffahrt des Schlosses installierte Jeppe Hein ein begehrtes Wasserspiel. Wir konnten es weder bewundern noch ausprobieren. Aufgrund der kalten Nachttemperaturen in vorangegangenen Wochen war

es noch nicht in Betrieb - Wartungsarbeiten standen an.

Aus der verwilderten historischen Parkanlage soll künftig ein Ort der Begegnung werden.

Museumsdirektor van der Berg hat 15 Künstler*innen eingeladen, dieses Projekt umzusetzen. Der Konzeptkünstler Mark Dion baute eine Remise zu einem Hexenhaus um. Das Hohlspiegelobjekt von Alfred Luther lädt dazu ein, verschiedene Blickwinkel und Formen des Objektes auszuprobieren. Werner Reiterer platzierte 2012 zwei Luftballone in den Bäumen vor und hinter dem Hauptgebäude: Der eine hängt schlaff herunter und verkündet durch eine Aufschrift „Life isn't funny“, während der andere prall mit Luft gefüllt nach oben zieht und „Life is great“ verkündet.

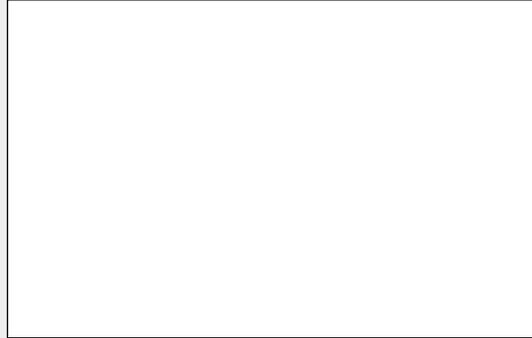
Eine große Schaukel stand im Park. Sie war kein Kunstwerk, sondern sollte Besucher*innen beim Hin- und Herpendeln inspirieren, neue Ideen für die Parkanlage zu entwickeln. Leider fand die Schaukel einen anderen Liebhaber ...

Im Museum, in das wir vor dem einsetzenden Regen geflüchtet waren, baumelte eine zweite Schaukel. Angelehnt an das Bild

„Die Schaukel“ von Jean Honoré Fragonard, wurden wir aufgefordert ein rotes Kleid - entsprechend dem Outfit des 18. Jh. - überzuziehen und schaukelnd durch das große Fenster in die Parklandschaft zu schauen und zu träumen. Vielleicht entsteht so die ein oder andere Idee zur weiteren Ausgestaltung der Parklandschaft.

Die Sammlung von Schloss Morsbroich beherbergt mehr als 300 Werke der Malerei und Plastik sowie etwa 2.300 Arbeiten auf Papier. Zehn bis zwölf Mal im Jahr bieten wechselnde Ausstellungen eine internationale Szenerie der zeitgenössischen Kunst. U. a. sind dort Werke von Josef Beuys, Gerhard Richter, Günther Uecker, Ives Klein oder Alexander Calder zu sehen. Ein Besuch des Museums, das 2009 vom internationalen Kritikerverband AICA zum Museum des Jahres erkoren wurde, ist lohnenswert.

Der Park steht jederzeit offen. Sie finden darin viele verschiedene Arbeiten. Vielleicht ist dann das begehrte Wasserspiel von Jeppe Hein in Aktion, und Parkleuchten von Mischa Kuball oder die Raumklammer von Günter Wolf finden ihr Interesse.



// Geschäftsstelle //

Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur

***Mitgliederversammlung der GEW Köln
am 29. November 2023 von 17h30 – 20h00 im großen Saal des
DGB-Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, 1. Stock)***

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Vorschlag zur Tagesordnung:

TOP 1 Rechenschaftsbericht des Geschäftsführenden Vorstands (GfV)

- a) Vorstellung des Rechenschaftsberichts 2023 des GfV
- b) Finanzen bis einschließlich 3. Quartal 2023
- c) Entlastung des GfV

TOP 2 TV-L Tarifrunde

- a) Bericht aus der Bundestarifkommission & von den Streiktagen
- b) Diskussion & Austausch

TOP 3 Umstrukturierungsprozess GEW NRW stärken

- a) Stand der Dinge & was GEW NRW stärken für den StV Köln bedeutet
- b) Fragen, Austausch & Diskussion

TOP 4 Anträge

- a) Anträge zu Satzung & Wahlordnung
- b) sonstige Anträge

TOP 5 Verschiedenes

Anträge an die MV müssen bis zum 22. November 2023 in der Geschäftsstelle eingegangen sein. Fristgemäß eingereichte Anträge sowie eine aktualisierte Tagesordnung werden danach zeitnah auf der Webseite der GEW Köln veröffentlicht.

Herzliche GEWerschaftliche Grüße
der Geschäftsführende Vorstand